

vpod

# Bildungspolitik

Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft

**Gerechtigkeit**

**Streik**

**Prekarisierung**

vpod  
zürich

**Pflichtlektion**

vpod Bern lehrberufe

vpod Basel lehrberufe



Zeitschrift für  
Bildung, Erziehung  
und Wissenschaft

vpod bildungspolitik 239  
März 2025

Jeweils kurz nach Erscheinen sind die vollständigen Hefte auf unserer Homepage als pdf abrufbar:  
[vpod.ch/publikationen/bildungspolitik/](http://vpod.ch/publikationen/bildungspolitik/)

## Prekarisierung – Gerechtigkeit – Streik

### 04 Mit Weiterbildung aus der Armut?

Ein Bericht vom Bildungsforum 2025 der Caritas.

### 07 Bildungsgerechtigkeit

Der Mösl-Bildungstag 2025.

### 10 Strukturen nutzen und überwinden

Erfahrungen von Lehrpersonenstreiks in den USA.

## Aktuell

### 12 Gemeinsam bilden

Fünf neue Lernmedien zu den Themen Wasser, Lebensraum, Migration und Energie.

### 14 Vorgestellt: Friedrich Schiller

Politische Veränderungen durch ästhetische Erziehung.

### 19 Vom zweiten Leben der Dinge

Eine Ausstellung im Forum Schweizer Geschichte Schwyz.

## Pflichtlektion Zürich

### 15 – 18 Das Mitgliedermagazin der Sektion Zürich Lehrberufe

- Gratisarbeit als Lohnpolitik
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Bürokratie verdoppeln?
- 10ni-Pause

## Publikationen

### 20 Bewegte Kindheiten: Gefährdung und Ermächtigung

Eine Rezension zu Terra cognita, Zeitschrift der EKM, Herbst 2024.

### 22 Von Ohrfeigen, Tatzen und Kopfnüssen

Eine Dissertation über die historische Strafpraxis an Zürcher Volksschulen.

### 24 Gewalt gegen Lehrpersonen

Beat A. Schwendimann stellte eine LCH-Studie am Bildungsforum des VPOD Basel vor.

### 26 Ein freisinniger Politiker von Format

Zum letzten Buch von Dick Marty.

## VSoS

### 27 Initiativen für einen selektions- freien Übertritt in die Sekundarstufe I

Damit die Volksschule endlich selektionsfrei wird!.

### 30 Ungerecht, ineffizient und unnötig

Selektion aus der Sicht einer Mittelstufenlehrerin.

## Impressum

### Redaktion / Koordinationsstelle

Birmensdorferstr. 67  
Postfach 8279, 8036 Zürich  
Tel: 044 266 52 17  
Fax: 044 266 52 53

E-Mail: [redaktion@vpod-bildungspolitik.ch](mailto:redaktion@vpod-bildungspolitik.ch)  
Homepage: [www.vpod-bildungspolitik.ch](http://www.vpod-bildungspolitik.ch)

Herausgeberin: Trägerschaft im Rahmen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD

Einzelabonnement: Fr. 50.– pro Jahr (4 Nummern)  
Einzelheft: Fr. 12.50

Kollektivabonnement: Sektion ZH Lehrberufe; Lehrberufsgruppen AG, BL, BE (ohne Biel), LU, SG.

Satz: erfasst auf Macintosh  
Layout: Sarah Maria Lang, Liestal  
Titelseite Foto: Pierre brillot / stock.adobe.com  
Druck: Ropress, Zürich

ISSN: 1664-5960

Erscheint vier Mal jährlich

Redaktionsschluss Heft 240:  
26. Mai 2025

Auflage Heft 239: 3000 Exemplare

Zahlungen:  
PC 80 - 69140 - 0, vpod bildungspolitik, Zürich

Inserate: Gemäss Tarif 2024; die Redaktion kann die Aufnahme eines Inserates ablehnen.

### Redaktion

Verantwortlich im Sinne des Presserechts  
Johannes Gruber

### Redaktionsgruppe

Sina Deiss, Christine Flitner, Fabio Höhener, Markus Holenstein, Jonas Keller, Ruedi Lambert (Zeichnungen), Thomas Ragni, Pinuccia Rustico, Lirija Sejdi, Yvonne Tremp, Susann Wach

### Beteiligt an Heft 239

Thomas Abplanalp, Susanne Beck-Burg, Minu Faber, Eva Hug, Liselotte Lüscher, Katrin Meier, Fabian Stalder, Hanspeter Stalder, Martin Stohler, Markus Truniger, Monika Wicki, Ludwig Zurbriggen

Dieser Ausgabe der vpod bildungspolitik ist kantonal eine Werbe- und Unterschriftenkarte für die Berner und Zürcher Volksinitiativen «für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I» des VSoS beigelegt.

**N**abezu täglich erreichen uns in diesen Wochen verstörende Nachrichten von jenseits des Atlantiks. In den zwei Monaten seit Donald Trumps Amtsantritt als Präsident der USA seien 100000 Beamte entlassen oder zur Kündigung gedrängt worden. In den nächsten Wochen könnten nochmals 400000 folgen. Betroffen ist auch das Bildungsministerium. Vor der Auflösung scheint dieses nur eine fehlende qualifizierte Mehrheit im US-Senat zu schützen, sodass es im Bildungsministerium nun erst einmal zu 2100 Entlassungen, einem Stellenabbau von 50 Prozent kommt. Die vorgesehenen Mittelkürzungen bedeuten einen Abbau von Fördermitteln für Schulen mit überwiegend sozioökonomisch schwachen Schüler:innen, der zur Streichung von Bildungsangeboten und zu grösseren Klassenverbänden führen dürfte. Und zu einem Abbau von Stipendien für Studierende aus einkommensarmen Familien. Eine Tragödie für unterprivilegierte Schüler:innen. Der von der neu ernannten Bildungsministerin Linda McMahon angekündigte grosse Schritt zur «Wiederherstellung des grossartigen Bildungssystems» der Vereinigten Staaten ist in Wirklichkeit nichts als die konsequente Beschränkung des Bildungssystems auf die Funktion, gesellschaftliche Ungleichheiten zu reproduzieren.

Passend dazu analysiert in der vorliegenden «vpod bildungspolitik 239» Fabian Stalder die Lehrpersonenstreiks, die 2018 und 2019 in West Virginia, Oklahoma und Arizona stattfanden (vgl. S. 10-11). Breite Bewegungen, die von den Gewerkschaften unterstützt wurden, verhinderten Einsparungen an den Schulen und setzten Lohnerhöhungen für Lehrpersonen durch. Wird es angesichts der politischen Entwicklungen in den USA zu einem Wiederaufleben solcher Protestbewegungen kommen? Gerade in Bundesstaaten wie den erwähnten dürften die aktuellen Einsparungen schmerzhaft spürbar werden, da in den ländlichen Gebieten der USA eine höhere Armutsquote besteht und die Schulen schlechter sind als in den Städten.

Wie Ludwig Zurbriggen in seinem Bericht zum Caritas-Forum 2025 ausführt, kommt es nicht nur auf Bildung an (vgl. S. 4-6). Will man zum Beispiel Menschen den Weg aus der Armut ermöglichen, müssten gerade in der Schweiz auch die hohen Lebenshaltungskosten (Wohnen, Krankenkasse, Lebensmittel usw.) ins Auge gefasst und ein nationaler Mindestlohn eingeführt werden. Doch auch wenn Bildung allein nicht reichen dürfte, soziale Ungleichheiten aufzulösen – einen Beitrag dazu leisten, kann sie allemal. In diesem Sinne fordert Ludwig Zurbriggen politische Bemühungen um eine «rationale Pädagogik», die systematisch die Bildungsunterschiede bei den Lernenden bekämpft, «sodass möglichst viele Lernende in ihrer Ausbildungslaufbahn möglichst viel lernen» (S. 6).

Der Mösli-Bildungstag 2025 ist dem Thema «Bildungsgerechtigkeit!» gewidmet. Eva Hug beschreibt in ihrem Beitrag zu diesem, wie bestimmte Logiken und Praktiken der öffentlichen Schule Bildungsungleichheiten reproduzieren und Verwaltungsreformen im Geiste des «New Public Managements» diese Tendenzen noch verstärken (vgl. S. 7-9). Es ist deshalb längst an der Zeit, Schule neu und anders zu denken. Nichts weniger als das stellen die kantonalen Zürcher und Berner Volksinitiativen für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I dar (vgl. S. 27-32). Anstatt mit einer Selektion, für die oft genug «nicht die tatsächlichen Leistungen der Kinder, sondern andere Faktoren wie der sozioökonomische Status der Eltern, der Wohnort oder die Klasse (Referenzgruppeneffekt)» (S. 28) entscheidend sind, Verlierer:innen zu produzieren, sollten wir in einer demokratischen Volksschule das Wohl aller Kinder und damit auch unserer gesamten Gesellschaft im Blick haben.



**Johannes Gruber**  
vpod bildungspolitik



# Mit Weiterbildung aus der Armut – Chance oder Illusion?

**Die Caritas zieht an ihrem Forum 2025 eine durchgezogene Bilanz in Bezug auf die Wirksamkeit von Bildungsmaßnahmen im Kampf gegen die Armut. 220 Menschen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und der Sozialen Arbeit haben sich an dieser Fachtagung über Projekte und Ansätze, wie man mit Bildung Armut bekämpft, informieren lassen. An der Tagung kamen verschiedene, auch kritische Stimmen zu Wort. Die Stimmen aus der Reinigungsbranche haben besonders überzeugt, weil sie gezeigt haben, dass während der Arbeit erworbene Kompetenzen für die Qualität der Arbeit von besonderer Bedeutung sind. Stimmen aus dem Publikum haben auf die Kluft zwischen hohen und tiefen Löhnen aufmerksam gemacht. Die Caritas fordert existenzsichernde Stipendien für die berufliche Weiterbildung. Von Ludwig Zurbruggen**

Die Präsidentin der Caritas Schweiz, Monika Maire-Hefti führte in die Tagung ein: Deren Ziel sei es, den Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeit besser zu verstehen. Sie betonte, dass Bildung als Investition in die Zukunft zu verstehen sei. Sie öffne Türen in die Arbeitswelt, mache demokratisches Handeln möglich und ermögliche es, Lügen in den politischen Debatten zu erkennen. Maire-Hefti machte aber auch klar, dass Bildung kein Garant für existenzsichernde Erwerbsarbeit ist. Daher dürfen Bildungsangebote auch nicht als Druckmittel in der Sozialhilfe eingesetzt werden. Sie lobte die Durchlässigkeit im Schweizer Bildungssystem, die Berufsbildung und die verbesserte Koordination der verschiedenen Bildungsstufen; sie stellte aber auch kritisch fest, dass Bildung mit sozialer Ungleichheit gekoppelt ist. Die Caritas müsse die Armut, von der 1.4 Millionen

Menschen in der Schweiz betroffen seien, bekämpfen. Sie kritisierte die Sparvorschläge des Bundesrates und forderte die Wirtschaft auf ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen. Maire-Hefti stellte fest: «Ein reiner Fokus auf Bildungsqualifikationen ist nie zielführend» für die Armutsbekämpfung.

## Lebenslang Lernen: Recht oder Pflicht?

Der erste Themenblock der Tagung stand unter dem Motto «lebenslanges Lernen in einer Gesellschaft der Ungleichheit». Peter Streckeisen, Dozent an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, beobachtete den «Übergang in eine akademisierte Gesellschaft», die vermeintlich «einfache Tätigkeiten» abwerte und den Bildungswettbewerb verstärke. Das Recht auf sinnstiftende und existenzsichernde Erwerbstätigkeit werde dabei vernachlässigt; es fehle ein Vokabular,

um abwertende Bezeichnungen und Begriffe zu ersetzen. Es gebe einen Trend zur Weiterbildung als Pflicht, eine Pflicht zur frühen Förderung von Kleinkindern, die aber nicht zu mehr Chancengleichheit führen werde. Er rief die Anwesenden auf, die Biografien und Lebensleistungen der Menschen, die einfache Arbeit verrichten, zu respektieren.

Im zweiten Vortrag zum Thema «lebenslanges Lernen» berichtete der Wissenschaftler Benedikt Hassler von der Fachhochschule Nordwestschweiz über das Dickicht unterschiedlicher Praktiken bei der Finanzierung von Weiterbildungskursen für Sozialhilfeempfänger:innen. Er präsentierte die Sicht derjenigen, die über die Sozialhilfe entscheiden. Hier zeigen sich grosse Unterschiede in der Wahrnehmung einer typischen Lebenssituation, z.B. einer jungen, alleinerziehenden Verkäuferin, die sich zur Buchhalterin umschulen lassen möchte.

## «[...] mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit, das Ziel der Caritas ist null Prozent Armut.»

In der anschliessenden Diskussion wurde deutlich, dass die Teilnehmenden nach Handlungsmöglichkeiten gegen «Bildungsdiskriminierung», nach Alternativen zu abwertenden Begriffen und Bezeichnungen als auch Lösungen für die Gleichbehandlung von Weiterbildungsgesuchten von Sozialhilfebezüger:innen suchen. Es wurde geäussert, dass die Arbeitswelt umdenken solle und die Bedeutung der Bildungsabschlüsse in der Arbeitswelt verringert werden sollte.

### Weiterbildung und Prekarität

Der zweite Themenblock behandelte den Zusammenhang zwischen Weiterbildung und Prekarität diskutiert. Valentina Stadler von Caritas Waadt hat in einem französischsprachigen Referat, die konkrete Arbeit vor Ort zugunsten der «digitalen Inklusion» vorgestellt. Caritas Waadt setzt auf freiwillige Mentor:innen, die die Caritas-Klient:innen persönlich mit Computern, Smartphones, E-Mail, Online-Formularen usw. vertraut machen. Die digitale Chancengleichheit ist das Herzstück dieses Programmes, das als neues Arbeitsfeld für Hilfswerke gesehen wird. Aus dem Publikum wurde betont, dass der Besitz von Laptops in Kombination mit persönlicher Betreuung entscheidend ist für den Erfolg solcher Programme.

Nachdem wissenschaftlich aufgezeigt wurde, dass es in der Bildungsförderung grosse Unterschiede gibt und dass Menschen mit Arbeitserfahrung aber ohne Bildungstitel benachteiligt werden, widmete sich die Tagung den Erfahrungen aus der Arbeitswelt.

### Anschauliches aus der Reinigung

Anschaulich wurde es mit den Beiträgen von Adèle Villiger, Reinigungskooperative Flexifeen Basel und Pia Tschannen, Unternehmerin. Tschannen schilderte, wie sie nach einer Auftragsforschung ein Reinigungsunternehmen gegründet habe, das alle privaten Reinigungsaufträge sammle, so dass das Reinigungspersonal vernünftige

Anstellungsverträge bekommt. Vernünftige Verträge bedeutet, dass das Reinigungspersonal in die Pensionskasse einzahlen kann. Zudem sind die Verträge unbefristet und bieten berechenbare Arbeitszeiten. Tschannen betonte, dass die Prekarisierung des Reinigungspersonals mit der Auslagerung der Reinigung an private spezialisierte Reinigungsunternehmen in den 1990er Jahren begonnen habe. Unternehmen haben die Reinigung ihrer Büros und anderer Räume nicht mehr als ureigene Aufgabe betrachtet. Zudem wurden die Reinigungskräfte für die anderen Mitarbeiter:innen unsichtbar, weil sie ausserhalb der regulären Arbeitszeiten ihre Arbeit verrichten müssen.

Adèle Villiger schilderte wie Weiterbildung und Arbeit Hand in Hand gehen. Die Basler Reinigungskooperative Flexifeen setzt sich zum Ziel, qualitativ hochwertige Reinigung anzubieten. Diese ist vielschichtig und erfordert umfangreiches Wissen über Reinigungsmittel und deren korrekten Einsatz. Weiterbildung in der Reinigungskooperative vermittele dieses Wissen. Zudem wird die deutsche Sprache vermittelt, da diese in Basel wichtig sei, um mit den Auftraggebenden sprechen zu können.

Villiger unterstrich auch die körperliche Belastung durch die Reinigungsarbeit. Viele können diesen Beruf aus gesundheitlichen Gründen nicht über Jahrzehnte ausüben. Deshalb sei Weiterbildung zum Thema Bewerbung, Stellensuche, Umgang mit Computern, neuen Kommunikationstechnologien und zur Stärkung des Selbstbewusstseins entscheidend, um in einer anderen Branche eine Stelle zu finden. Villiger sieht ein Hauptproblem in der Tatsache, dass die Arbeitszeiten der Reinigungskräfte keine Energie und keine Zeitfenster ermöglichen, um Weiterbildungskurse zu absolvieren. In der Publikumsdiskussion hat der UNIA-Gewerkschaftssekretär Duarte Pacheco aufgrund seiner eigenen Erfahrungen die Aussagen von Adèle Villiger bekräftigt.

### Weiterbildung und Sozialhilfe

Weitere Beiträge widmeten sich konkreten Alltagsfragen, wie der Ausstattung der Sozialhilfeempfänger:innen mit Laptop-Computern oder den Anliegen von drogenkonsumierenden Sozialhilfeempfänger:innen, der Weiterbildungsoffensive der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe und dem Schweizerischen Verband für Weiterbildung.

Andrea Beeler und Cäcilia Märki berichteten über ihr Projekt in neun Gemeinden und einem Kanton für den Aufbau von Förderstrukturen. Sie legten ihren Fokus einerseits auf fehlende Bildungstitel, Grundkompetenzen und Berufsabschlüsse, aber auch auf die Entwicklung organisatorischer Strukturen im Sozialdienst für die Förde-

rung der individuellen Weiterbildung der Sozialhilfeempfänger:innen. Im Publikum machte eine Stimme auf das Machtgefälle zwischen Klient:innen und Sozialarbeitenden aufmerksam.

### Keine Lust auf Debatte und Ratlosigkeit

Es folgte eine politische Diskussion. Auf der Bühne unterhielten sich Dieter Kläy, Schweizer Gewerbeverband, Matthias Michel, FDP-Ständerat, Patrizia Buser, Leiterin der Dienststelle Weiterbildung aus dem Kanton Luzern, Aline Masé, Caritas Schweiz sowie Pierre Bayerdörfer, Präsident von Workfair 50+ über die Rolle der Weiterbildung in der Armutsbekämpfung. Kontrovers war die Debatte nicht, es gab keinen argumentativen Wettstreit. Während Ständerat Michel die Bedeutung von Microcredentials, also kleiner Lernerfolge, betonte, unterstrich Dienststellenleiterin Buser «Kundenorientierung» und «Arbeitsmarktfähigkeit». Bayerdörfer bemängelte die Qualität der Fallbearbeitenden in den regionalen Arbeitsvermittlungszentren; Mase forderte einen Verzicht auf Einsparungen im Weiterbildungsbereich, während der freisinnige Zuger Ständerat zur Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Arbeitgebenden aufrief.

In der letzten Fragerunde des Publikums kritisierte ein Votant die Kluft zwischen hohen und tiefen Löhnen. Bemerkenswert war das Votum, das die hohen Kosten für die höhere Berufsbildung im Gesundheitsbereich und die tiefen Löhne für Lernende kritisierte. Diese tiefen Löhne fand auch Ständerat Michel unverständlich, angesichts der Nachfrage nach ausgebildetem Pflegepersonal. Zum Schluss stellte der ehemalige Travail Suisse-Gewerkschaftssekretär Weber-Gobet die Kopfpauschalen des Bundes für die Stipendienfinanzierung in Frage. Diese würden gerade die Kantone bevorzugen, die wenig Stipendien gewähren.

Die Podiumsdiskussion liess das Publikum etwas ratlos zurück, da offenbar keine grossen Differenzen in der politischen Einschätzung vorliegen – es aber dennoch seit 2024 in der Schweiz keine Abnahme der Armut gibt. Ganz im Gegenteil, wie das Abschlussreferat von Nicolas Bueno, Professor an der Fernuniversität Schweiz zeigen sollte. Bueno zeigte auf, dass die Armutsquote in der Schweiz seit 2014 zunimmt, obwohl die Schweiz sich das Ziel gesetzt hat, die Armutsquote zu halbieren. Er bemängelte, dass gemeinwohlorientierte Arbeit nicht den Wert hat, den sie verdient.

### Ziel null Prozent Armut

Im Schlusswort zog Caritas-Direktor Peter Lack eine Bilanz der Tagung. Die Moderatorin Ines Mateo fragte ihn direkt nach der Rolle der Stigmatisierung. Lack hielt fest,

dass Stigmatisierungsprozesse, also die Etikettierung von Menschen mit geringen Einkommen mit abwertenden Beschreibungen, die Bekämpfung der Armut behindern. Diese verhindern Lösungen, mit denen «Leute aus der Armut herauskommen». Angesichts grosser Unterschiede in der sozialarbeiterischen Praxis forderte er evidenzbasierte Standards für die Sozialhilfe, die diese Unterschiede verunmöglichen sollten. Er forderte «mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit, das Ziel der Caritas ist null Prozent Armut.»

Eine Woche nach der Tagung zog Fabian Saner von der Caritas sein Fazit als Bildungsverantwortlicher. Armutsbetroffenen fehle es an Zeit und finanzieller Unterstützung, um Bildungsangebote nutzen zu können. Folgerichtig fordert er, dass der Bund keine Kürzungen bei der Förderung der Grundkompetenzen vornimmt, und dass existenzsichernde Stipendien für Berufsausbildungen und Weiterbildungen eingeführt werden. Die Arbeitgebenden sollen die Weiterbildung der Geringverdienenden verstärkt unterstützen. ■

**Dr. Ludwig Zurbriggen** ist Sozialwissenschaftler an der Hochschule Luzern. Er ist Mitglied der VPÖD-Verbandskommission «Bildung Erziehung Wissenschaft».



Sozialalmanach 2025: Stabil prekär. Mit (Weiter-)Bildung aus der Armut?

**Das Caritas-Jahrbuch zur sozialen Lage der Schweiz. Trends, Analysen, Zahlen**

Caritas-Verlag, Luzern, Dezember 2024 / 260 Seiten / 29 Franken (Buch), 25 Franken (E-Book). Bestellungen: shop@caritas.ch oder telefonisch unter +41 41 419 24 19

## Nicht nur auf Bildung kommt es an

**Ein Kommentar zum Caritas-Forum 2025.  
Von Ludwig Zurbriggen**

**E**s ist schon erstaunlich: Die Caritas will die Armut in der Schweiz bekämpfen, aber tiefe Löhne und Renten sowie die hohen Lebenshaltungskosten sind im Tagungsprogramm kein Thema. Tatsächlich waren es dann Interventionen aus dem Publikum, die die Lohnfrage gestellt haben. Man muss dennoch festhalten: Caritas ist das einzige grössere Hilfswerk, das die soziale Lage in der Schweiz genauer untersucht und sich in die Schweizer Politik einmischt.

Vor 12 Jahren hat die Caritas mangelnde Bildung als Risikofaktor für Armut in die öffentliche Debatte eingebracht. Die Erkenntnis heute: Die Bilanz der Bildungsförderung in der Sozialhilfe ist in den Augen der Caritas sehr gemischt. Caritas-Präsidentin Monika Maire-Hefti hält fest, dass Bildung kein Garant für ein Leben ohne Armut sei. Es brauche weitere Ansatzpunkte, um Armut zu bekämpfen. Die Forderung der Caritas nach existenzsichernden Stipendien für die Weiterbildung geht in die richtige Richtung. Existenzsichernde Stipendien sollten sinnvollerweise für alle beruflichen Bildungsangebote gelten. Mit Stipendien allein kann die Armut aber nicht wirksam bekämpft werden. Die naheliegende Folgerung, dass tiefe Löhne erhöht und die hohen Kosten für Wohnung, Krankenversicherung, Lebensmittel sowie Kinderbetreuung gesenkt werden müssen, spricht die Caritas-Präsidentin nicht aus.

### Zwang und Stigmatisierung

Aus der Forderung, die Bildung in die Sozialhilfe zu integrieren, ist eine moralische Pflicht für Sozialhilfeempfänger:innen zur Weiterbildung geworden. Kein Wunder tummeln sich mittlerweile viele gewinnorientierte Bildungsunternehmen in diesem Feld. Besonders stossend ist es, wenn Sozialhilfeempfänger:innen zu Weiterbildungskursen angehalten werden, deren Kosten sie, wenn sie nicht mehr sozialhilfeberechtigt sind, zurückzahlen müssen. Das ist zwar nicht die Regel, soll aber in gewissen Gemeinden so vorkommen.

Nebendiesen finanziellen Folgen ist die Stigmatisierung der Sozialhilfeempfänger:innen, die solche Weiterbildungen nicht besuchen wollen oder können, eine weitere schädliche Nebenwirkung. Sozialhilfeempfänger:innen

ohne Bildungstitel werden mit negativen Etiketten behaftet. Der Soziologe Howard Becker hat gezeigt, dass derart Stigmatisierte das negative Bild selbst übernehmen und sich nicht mehr dagegen wehren können.

### Was tun?

Interessant waren die Fragen aus dem Publikum, was man tun könnte. Aus meiner Sicht gibt es mehrere Stossrichtungen.

Die lebenslange Einkommensabsenkung durch fehlende Bildungstitel sollte abgebaut werden. Während der Arbeit erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten sollten mehr zählen als Bildungstitel, die in früheren Lebensphasen erworben wurden.

Zudem muss in der Armutsbekämpfung der Mindestlohn als zentrales Element eingeführt werden. Die Europäische Union hat das mit der Mindestlohnrichtlinie gemacht. Die Schweiz sollte die europäische Richtlinie übernehmen. 22 EU-Länder haben bereits einen Mindestlohn. Mit einem europaverträglichen Mindestlohn wären Armutslohne in der Schweiz vom Tisch.

Wenn die Caritas Armut bekämpfen will, dann muss sie die hohen Lebenshaltungskosten in der Schweiz (Wohnen, Krankenkasse, Lebensmittel usw.) ins Auge fassen. Auch die Gewerkschaften haben hier noch ungenutzte Handlungsmöglichkeiten, welche die Lebensbedingungen für Lohnabhängige verbessern würden.

Das alles bedeutet nicht, dass es im Bildungswesen keinen Veränderungsbedarf gibt. Neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen braucht es eine systematische Bekämpfung der Ungleichheit bei den Lernenden. Eine rationale Pädagogik bekämpft systematisch die Bildungsunterschiede bei den Lernenden, sodass möglichst viele Lernende in ihrer Ausbildungslaufbahn möglichst viel lernen. An manchen Orten geschieht dies bereits, aber es fehlt eine kollektive und politische Anstrengung, dieses Ziel flächendeckend zu erreichen. ■

## BILDUNGSGERECHTIGKEIT!

Der Bildungstag im Möslilhaus widmet sich am Samstag, 5. Juli 2025 dem Spannungsfeld zwischen Gerechtigkeit und Diskriminierung. Weitere Infos auf Seite 8.



# Soziale Praktiken und New Public Management als Verstärker der Bildungsungleichheit

**Trotz verstärkter Bemühungen um Bildungsgerechtigkeit hält die Bildungsungleichheit im Schulsystem an. Soziale Praktiken des Schulalltags und der Einfluss des New Public Managements (NPM) verstärken den Zusammenhang zwischen Herkunft und Schulerfolg. Die Schule funktioniert als selbstreferenzielles System, in dem Erfahrungswerte und implizites Wissen als Leitlinie dienen. Das NPM führte zu einer verstärkten Individuumszentrierung und Kundenorientierung, was gut situierten Eltern mehr Einflussmöglichkeiten gab. Mithilfe eines praxeologischen Ansatzes kann Schule als selbstreferenzielles System analysiert werden, können die Sozialen Praktiken und das implizite Wissen bewusst gemacht sowie die verfestigten Selektionsmechanismen aufgebrochen werden.**

Von Eva Hug

Obwohl die Bildungsgerechtigkeit<sup>1</sup> in den letzten Jahren in den Fokus der Politik gerückt ist (Bütikofer, 2023), korrelieren Lernerfolg<sup>2</sup> und Herkunft nach wie vor – bei PISA 2022<sup>3</sup> sogar stärker als zuvor. Auch wenn man den Schulerfolg der Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch anschaut, hat sich ihr Anteil in den Abteilungen mit niedrigem Niveau trotz QUIMS, SHP, DaZ und verstärkter individueller Förderung, nur wenig verändert. Analog zur gesamten Volksschule<sup>4</sup> hat ihr Anteil in allen Abteilungen zugenommen.<sup>5</sup> Diese Kinder

sind weiterhin überproportional in der Sek B und C anzutreffen. Weshalb stagniert der Zusammenhang zwischen Schulerfolg und sozialer Herkunft?

### Grosser Handlungsspielraum

Die Schulgesetze und Verordnungen sind bezüglich Selektion schlank gehalten. Es existieren keine Tests für das Sortieren der Schüler\*innen in die verschiedenen Niveaus der Oberstufe. Einzige Vorgabe ist, dass die Gestaltung der Zeugnisnoten «transparent» sein soll.<sup>6</sup> Und das einzige Kriterium für

Jahr	Sek A	Sek B	Sek C	Bemerkungen
2006	~25%	~40%	~45%	Beginn QUIMS
2010	~27%	~42%	~47%	Leichter Anstieg in allen Abteilungen
2015	~30%	~45%	~50%	Zunehmende Diversität in Schulen
2020	~33%	~48%	~52%	Fortsetzung des Trends
2023	~35%	~50%	~50%	Aktuelle Situation

Entwicklung Anteil Schüler\*innen mit einer andern Erstsprache als Deutsch in der Oberstufe 2006-2023 (Quelle: Bista)

# Bildungsgerechtigkeit!

Der Bildungstag im Möslihaus am Samstag, den 5. Juli 2025.

Die Berner Langzeitstudie hat aufgezeigt, dass Kinder aus privilegierten Familien in ihrer Bildungslaufbahn noch immer stark bevorteilt sind. Die Schule übernimmt damit die Reproduktion sozialer Ungleichheit. Mit der Forderung nach Bildungsgerechtigkeit geht es um Themen des Zugangs aller Menschen zu Bildung, die Integration und Teilhabe aller und letztlich auch um die zentrale Frage des Zusammenlebens. Diesem Spannungsfeld zwischen Gerechtigkeit und Diskriminierung widmet sich der Bildungstag im Mösli am Samstag, den 5. Juli 2025 von 11 bis 17 Uhr mit folgenden Beiträgen:

*Prof. Dr. Miryam Eser Davolio*

## Von der Schwierigkeit, Bildungsverlierer:innen mit Erwachsenenbildung zu erreichen

Aufgrund des Fachkräftemangels hat der Bund eine Bildungsoffensive lanciert, um die fehlenden Grundkompetenzen Erwachsener anzugehen. Allein im Kanton Zürich sind rund 160'000 Personen im erwerbsfähigen Alter von ungenügenden Digital, Lese- oder Rechenkompetenzen betroffen, welche durch Lernstuben und Weiterbildung erreicht werden sollen. Hier stellt sich nun die grundlegende Frage, was in unserem Schulsystem falsch läuft, dass derart viele Personen durch die Bildungsmaschen fallen.

*Dr. Bettina Grimmer*

## Beurteilen und Selektionieren im Wandel

In Gesprächen und Interviews mit Lehrpersonen an verschiedenen Sekundarschulen wurde untersucht, wie Lehrpersonen Unterschiede im Leistungsvermögen von Schüler:innen interpretieren und worauf es für sie beim Selektionieren ankommt. Im Referat werden die Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt zu schulischen Beurteilungspraktiken vorgestellt. Zudem wird der Frage nachgegangen, welche Folgen das neue Verständnis von Kompetenzentwicklung, das sich mit dem Lehrplan 21 etabliert hat, für soziale Ungleichheit und Bildungsgerechtigkeit hat. Ist das neue Paradigma ein Ausweg? Oder sollte nicht eher über eine Schule ohne Selektion nachgedacht werden?

*Eva Hug, lic.phil. I*

## Soziale Praktiken und NPM als Verstärker der Bildungsungleichheit

(vgl. untenstehenden Artikel)

Anmeldungen bis  
15. Juni 2025  
und weitere Infos unter:  
[www.moeslihaus.ch](http://www.moeslihaus.ch)

Bei Fragen: Barbara Hobi,  
Tel. 076 582 57 57

Promotions- und Übertrittsentscheide sowie für Rückstellungen und das Überspringen einer Klasse ist die Frage, ob «die Schülerinnen und Schüler dem Unterricht zu folgen vermögen»<sup>7</sup>. Kurz: Der Handlungsspielraum der schulischen Akteur\*innen ist gross. Lehrpersonen, Heilpädagog\*innen, Schulleiter\*innen gestalten den Unterricht und bestimmen, was es braucht, um dem «Unterricht folgen» zu können. Sie hätten es entsprechend in der Hand, «Herkunft» weniger zu gewichten. Was hindert sie daran?<sup>8</sup> Dieser Artikel stellt die These auf, dass bisher drei Dinge vernachlässigt wurden: a) das Selbstverständnis der Pädagogik, b) die Schule als soziale Welt und ihre Praktiken, c) der Einfluss des New Public Managements.

### Selbstverständnis der Pädagogik

Die Bemühungen für Verbesserungen spielen sich alle auf der gleichen Ebene ab; sie zielen auf das Individuum. Sowohl das «Selbst» der Kinder wie auch das «Selbst» der Lehrperson sollen verbessert werden. Die «Selbstkonzepte» der Kinder wurden gestärkt, die Lehrpersonen «sensibilisiert».<sup>9</sup> In den Aus- und Weiterbildungen lernen Letztere Vorurteile zu überwinden und eine wertschätzende Kommunikation zu pflegen.

Doch dabei gehen sie stets von sich selber aus. Sie wissen, wie die gute Schülerin, wie gute Eltern sein müssen. Dies liegt in der pädagogischen Tradition: Der Pädagoge (griechisch «Knabenführer») muss wissen, wohin er die Knaben führt. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Pädagogin in Normen denken muss; sie muss konkrete Ziele vor Augen haben, um führen und fördern zu können.

Solange diese Disziplin ihr Selbstverständnis nicht hinterfragt, und sich bewusst wird, aus welcher Perspektive sie spricht, solange wird sie andere Lebensrealitäten nicht verstehen und korrigieren wollen.

Zu diesem Selbstverständnis gehört auch, dass die «objektive Theorie» der «subjektiven Praxis» übergeordnet wird und die Theorie die «unwissende Praxis» aufklären soll. Dass der Schulalltag nach einer eigenen Logik funktioniert, gerät dabei nicht in den Blick.

### Schule als soziale Welt und ihre Praktiken

In jeder «sozialen Welt» ist geregelt, wie über den Berufsgegenstand zu reden und zu handeln ist.<sup>10</sup> Schulen sind «Diskursgemeinschaften» mit eigenen Codes, die für «betriebsferne» Beobachtende unverständ-

lich sind (z.B. die Notengebung). Die Theorie der sozialen Praktiken besagt, dass sie in Bezug auf einen Kontext stattfinden; Massstab ist, ob die Handlung passt oder nicht. Der Zweck entsteht in der Praktik selbst, das Handeln darin ist mitläuferisch. Die Praktiken werden kollektiv ausgehandelt; sie sind wiederkehrend, informell und zum Teil unbewusst. Dabei sind Wissen und Handeln eine Einheit, beziehungsweise ist das Wissen nicht in den Köpfen der Subjekte, sondern in den Praktiken selbst enthalten. Dieses Wissen kann mit unbewussten «gegläubten Wirklichkeiten» umschrieben werden. Die Frage ist nicht, welches Wissen Menschen besitzen, sondern welches Wissen in einer bestimmten sozialen Praktik zum Einsatz kommt.<sup>11</sup>

Um diesem Wissen auf die Spur zu kommen, wird also nicht gefragt, wie eine Oberstufenzuteilung erfolgt, sondern: «Wie weisst du, dass die Zuteilung richtig war?» Die Antworten sind erstaunlich und über Jahrzehnte hin ähnlich. Exemplarisch ist z.B. die Antwort «Ich weiss, dass ich richtig zuteilteilt habe, wenn die Feedbacks aus der Oberstufe stimmen. Mussten sie Umstufungen vornehmen, oder «verheben» die Entscheide, die ich zusammen mit den Eltern gefällt habe?»<sup>12</sup>



Die Antworten zeigen, dass das Ziel die Passung in den vorhandenen Kontext (Sek A, B, C) ist und dass die Schule wie ein selbstreferenzielles System funktioniert. Die Lehrpersonen der unteren Stufen arbeiten so, dass die abnehmenden Stufen zufriedengestellt werden. Auch die «geglaubten Wirklichkeiten» über die Anforderungen der oberen Stufen deuten darauf hin: «Ich kann doch dieses Kind der Erstklasslehrerin nicht zumuten; es kann ja nicht mal mit einer Schere umgehen.»

Auch die Erfahrungswerte der unterschiedlichen Übertrittsquoten in den Schulen gehören zum impliziten Wissen: «Hier machen jeweils zwei Kinder die Gymprüfung, etwas mehr als die Hälfte geht in die Sek A und der Rest ins B oder C.»<sup>13</sup>

Diese spezielle Logik des Schulalltags durchzieht das ganze Volksschulsystem. Sie ist wirkungsvoller als alle offiziellen Instrumente. Selbst die heilpädagogischen Tools wie das «schulische Standortgespräch», das den schwächeren Schüler\*innen zur Stärkung gereichen sollte, werden zur Sortiervorlage. Ehrliche Antworten über Schwächen des Kindes können negative Wahrnehmungen von Lehrpersonen verstärken.<sup>14</sup>

Es geht also nicht darum, dass Kinder gemäss ihrer Leistung und ihrem Potential in die Oberstufe eingeteilt werden, sondern dass der Schulalltag reibungslos abläuft, die Kinder in den Kontext passen und das Prestige in den nachfolgenden Stufen gut ist.

## Einfluss des New Public Managements (NPM)

Der Artikel stellt die These auf, dass die Ausrichtung des Bildungssystems auf die Grundsätze des NPM sozioökonomisch starken Eltern zusätzliche Möglichkeiten in die Hand gegeben hat, den Schulerfolg ihrer Kinder zu beeinflussen als vorher schon vorhanden waren.

Als ab 2005 das Bildungssystem auf die

Grundsätze des New Public Managements umgestellt wurde, bedeutete dies: Output-Steuerung, Kund\*innenorientierung, Selbstverantwortung. Nicht der Input (Lerninhalte und Tätigkeit der Lehrkräfte) war wichtig, sondern die Zufriedenheit der Eltern und Kinder. Die Kund\*innenzufriedenheit wird im Kanton Zürich alle vier Jahre erhoben, indem Eltern und Schüler\*innen von der professionellen Schulevaluation befragt werden. Die Fragen für Eltern und Kinder sind durchwegs individuumszentriert. Als Elternteil hat man den Eindruck man könne – wie in einem Warenhaus – seine Lieblings-Produkte auswählen.

Zur Kund\*innenorientierung gehört auch die «Elternmitwirkung».<sup>15</sup> Sie sollte die «vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern stärken und den Informationsfluss fördern». Dies bevorzugt Eltern mit einem guten Selbstbewusstsein, die sich eher engagieren. Unsicherere Eltern bleiben aussen vor und ihr «Andersein» wird ihnen an gemeinsamen Schulanlässen erst bewusst.

Dass Lehrpersonen die Übertrittswünsche der Eltern antizipieren, ist hinlänglich bekannt. Auch hier greift die Logik des Schulalltags, die nahelegt, man schwinde besser mit den Elternmeinungen mit. Der Handlungs- und Zeitdruck im Schulalltag erlaubt nicht, sich gegen Elternstandpunkte zu stellen. Fatal ist, dass auch Schulbehörden (und zu einem gewissen Teil auch die Bildungsdirektion) dieser Logik unterliegen, wie erfolgreiche Übergriffe von Eltern in den Unterricht zeigen.<sup>16</sup> Man wagt nicht, die Deutungsmacht der Schule zu verteidigen.<sup>17</sup> Je mehr die Schule das «Selbst» betont, umso mehr spielt der soziale Hintergrund bei den Schulleistungen mit. Kinder aus «anregendem Familienmilieu» haben mehr «eigene Ideen», «kennen Wegzeichen» und haben deshalb mehr «Weltwissen»<sup>18</sup>. Die Investitionen in das «Projekt Kind» lohnen sich.<sup>19</sup>

## Mögliche Lösungen

Wenn mit einem praxeologischen Ansatz erkannt wird, dass die Schule als selbstreferenzielles System funktioniert, wäre es möglich, zu verstehen, welches Wissen in ihren Praktiken zum Einsatz kommt. Wird verstanden, wie in den sozialen Praktiken die soziale Herkunft unterschwellig ständig mitgezählt wird, könnte dieser Mechanismus verändert werden. Dazu muss bewusst gemacht werden, wie das New Public Management den Einfluss von sozioökonomisch gut gestellten Eltern auf diversen Ebenen der Schule vergrössert und dasjenige der schlecht gestellten noch mehr geschwächt hat.

Es braucht aber auch die Bereitschaft, sich selber zu hinterfragen und sich bewusst zu werden, aus welcher Perspektive man spricht. Nur so können andere Realitäten jenseits der eigenen Wahrnehmung gesehen werden.<sup>20</sup> Wenn erkannt wird, wie die sozialen Praktiken entstanden sind und wie sie ablaufen, könnten die Akteur\*innen erkennen, wie gross ihr Handlungsspielraum ist und dass ein beträchtlicher Teil zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit in ihren Händen liegt. Dies ist aber nur möglich, wenn mutige Schulleiter\*innen und Schulpräsident\*innen diese Erkenntnisse mittragen und helfen, die Gerechtigkeitsbestrebungen von Lehrpersonen im Schulalltag zu verteidigen und zu stärken.

Verschiedene Untersuchungen deuten darauf hin, dass der enge Zusammenhang zwischen Herkunft und Schulerfolg in Systemen ohne Selektion nach der Primarschule milder ist. Die Frage bleibt offen, inwiefern damit auch das Funktionieren als selbstreferenzielles System mit den sozialen Praktiken und ihrem impliziten Wissen aufgelöst würde. ■

Eva Hug, lic.phil. I, Institut Unterstrass an der PHZH

1 Unter Bildungsgerechtigkeit wird hier verstanden, dass nicht die Herkunft (Schicht, Sprache, Religion, Migrationssituation) bei der Selektion nicht ins Gewicht fällt, sondern nur kognitive Leistung.

2 Bis 2006 war in pädagogischen Kreisen stets von «Lernerfolg» die Rede. Erst QUIMS (Qualität in multikulturellen Schulen) legte den Fokus auf den «Schulerfolg». Das Ziel war, den Kindern aus prekären Verhältnissen und/oder mit Migrationshintergrund den Zugang zu anspruchsvollen Abteilungen zu ermöglichen.

3 Der Zusammenhang zwischen den Leistungen und der sozialen Herkunft der Schüler\*innen über alle betrachteten Erhebungsjahre (2003 bis 2022) hinweg ist relevant und über die Zeit gestiegen. Gemäss dem PISA-Bericht von 2022 erklärt der sozioökonomische Status 21% der Varianz in den Mathematikleistungen in der Schweiz, verglichen mit 15% im OECD-Durchschnitt. PISA 2022 Ergebnisse (Band I und II) – Ländernotizen: Schweiz | OECD.

4 Der Anteil der Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch hat von 32% auf 40% innerhalb 2006-2023 in der

obligatorischen Schule des Kantons Zürich zugenommen (vgl. Bista).

5 Entwicklung Anteil Schüler\*innen mit einer andern Erstsprache als Deutsch in der Oberstufe 2006-2023 (Quelle: Bista).

6 [Beurteilung und Zeugnis – Informationen für Schulleitungen und Lehrpersonen](#)

7 vgl. Verordnung zum Volksschulgesetz des Kantons Zürich 2006, §33-36.

8 Hauptfrage der Grounded Theory ist: «Was ist hier die eigentliche Geschichte?» Vgl. A. L. Strauss: Grundlagen qualitativer Sozialforschung, 1994, S. 66.

9 Vgl. Soziale Selektivität: Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates SWR, R.Becker, J.Schoch, 2018, S. 10.

10 Vgl. A. L. Strauss: Grundlagen qualitativer Sozialforschung, 1994, S. 293.

11 A. Reckwitz, 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg.32, Heft 4, S. 282-302.

12 [Die Daten gründen auf der ersten Untersuchung 2007 E-Periodica – Bildungsgerechtigkeit und schulische Selektion und auf](#)

[diversen Interviews zwischen 2011-2024 mit Lehrpersonen \(inkl. DaZ, SHP\), aber auch mit Schulleiter\\*innen und Behördenmitgliedern aus unterschiedlichen Schulkreisen und Gemeinden des Kantons Zürich.](#)

Hug, Eva: [Bildungsgerechtigkeit und schulische Selektion, 2007: drauf sein.](#)

13 Dieses Wissen führt dazu, dass Schulleiter\*innen ihre Lehrpersonen dazu anhalten ihre Notengebung «nochmals zu überdenken», wenn diese «zu viele Kinder» in die Sek A schicken möchten.

14 Nur wenn Eltern ihr Kind durchwegs als «fleissig» und «gut organisiert» beschreiben, schadet ein solches Standortgespräch dem Kind nicht zusätzlich; vgl. D. Hofstetter: Die schulische Selektion als soziale Praxis. Aushandlungen von Bildungsentscheidungen beim Übergang von der Primarschule in die Sekundarstufe I, 2017.

15 Eltern haben keine Mitwirkungsrechte bei «Themen wie Unterricht und Personalfragen. Mitspracherecht haben sie bei «Übertritten in die nächste Schulstufe oder wenn ein Kind besondere Unterstützung braucht.» vgl. Volksschule Elternmitwirkung | Kt. ZH.

16 [Silvia Steiner zu Eklat um schwulen Lehrer: «Der Fall Pfäffikon ist nicht gut gelaufen» | Tages-Anzeiger, 25.04.24](#)

17 Auf die Frage «ist das normal, dass Eltern den Lehrpersonen sagen, was sie zu tun haben?» war die Antwort des/der Schulpräsidenten/in: «Sie sagen es nicht nur den Lehrpersonen, sie sagen es auch mir. Ich erhalte täglich Mails von Eltern, die mir sagen, was ich zu tun habe» (Interview Mai 2016).

18 Quelle: Interviews mit Lehrpersonen und Behördenmitgliedern, Stadt Zürich, 2018.

19 A. Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. 2019, S. 208.

20 Dazu gehört die Aktualisierung der Lernmaterialien auf allen Ebenen des Bildungssystems. Nur mit einem intersektionalen, postkolonialen Approach können migrantisierte Lernende adressiert, bzw. wertschätzend ins Bildungssystem inkludiert werden. Als Einstieg für die Volksschule: R. El-Maawi, et al.: No to Racism. Grundlagen für eine rassismuskritische Schulkultur, 2022.



## Strukturen nutzen und überwinden

**2018 und 2019 fanden in West Virginia, Oklahoma und Arizona teilweise sehr erfolgreiche Lehrpersonenstreiks statt. Was können wir in der Schweiz von den USA lernen?**  
**Von Fabian Stalder**

2018 und 2019 fanden die grössten Streiks in den USA der letzten Jahrzehnte statt. Getragen wurden sie vor allem von Lehrerinnen und Lehrern und den sonstigen Arbeiter:innen im Bildungssektor. 2018 legten 375000 Arbeiter:innen im Bildungssektor die Arbeit nieder, bei einer Streikbeteiligung von 485000 Menschen über alle Sektoren in diesem Jahr. Und auch 2019 kam ein Grossteil der Streikenden aus dem Bildungssektor (270000 von 425000). Gefordert wurden von den Lehrer:innen unter anderem höhere Löhne, eine Erhöhung der Budgets der jeweiligen Bundesstaaten für die Bildung, kleinere Klassen und die Anstellung von mehr Pflege- und Sozialarbeiter:innen an den Schulen.

### #RedforEd

Die Streiks begannen in den drei republikanisch regierten Staaten West Virginia, Oklahoma und Arizona und breiteten sich bis anfangs 2019 auch auf demokratisch regierte Grossstadtreionen wie Los Angeles, Oakland, Chicago und Denver aus. Die Bewegung nannte sich #RedforEd, eine Anspie-

lung auf die mit der Farbe rot assoziierten republikanischen Bundesstaaten. Dass sich die Streikbewegung gerade dort formierte, war alles andere als erwartbar. Streiks im öffentlichen Sektor sind in diesen Staaten illegal und der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist in diesen Staaten viel tiefer.

Da diese zwei Bedingungen – hohe rechtliche Hürden für Streiks im öffentlichen Sektor und ein tiefer Organisationsgrad – auch auf die Schweiz zutreffen, lohnt es sich, genauer auf die organisatorischen Umstände der Streiks und die Rolle der Gewerkschaften in den drei roten Bundesstaaten West Virginia, Oklahoma und Arizona einzugehen.

### Gemeinwohl-Framing entscheidend

Die Lehrer:innen in den drei Staaten sind anteilmässig eher *weiss* und verdienen mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung an den Orten, an denen sie unterrichten, vor allem in den städtischen Ballungsräumen. Trotzdem schafften sie es, ihren Arbeitskampf nicht nur als Kampf zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Reproduktionsbedingungen

darzustellen, sondern weite Teile der Bevölkerung an Demonstrationen zur Verbesserung der Bedingungen im Schulalltag zu mobilisieren. Die Lehrer:innen setzten von Anfang an einen starken Fokus auf «Community Support»: Um Eltern im Falle eines Streiks nicht gegen sich aufzubringen, organisierten sie unter anderem Diskussionen, um auf die Bedingungen an den Schulen aufmerksam zu machen, verteilten Flyer und machten Protestaktionen mit Eltern und Schüler:innen zusammen. Als die Streiks näher rückten begannen die Lehrer:innen damit, Nahrungsmittelspenden zu sammeln, um sie an die Kinder zu verteilen, die auf das Mittagessen in der Schule angewiesen waren.

Ein weiterer Fokus waren die politischen Forderungen: Sie gingen über Lohnforderungen hinaus hin zu einer besseren Bildungsfinanzierung zum Wohle der Schüler:innen. Ohne diese Anstrengungen der Lehrer:innen wäre es den Rechten ein Leichtes gewesen, ihrer konstanten Kritik Gehör zu verschaffen, dass der Lehrer:innenstreik den Kindern schade. Es konnte also ein Framing der Streiks erreicht werden, in dem es nicht mehr «nur» um die Arbeitsbedingungen und Löhne der Arbeiter:innen im Bildungssektor ging, sondern auch darum, dass es die Bildung, die Schulinfrastruktur und ihre Bedeutung für die Gesellschaft als Ganzes ist, die auf dem Spiel steht.

### Dynamische Mobilisierung in West-Virginia

Eine zentrale Rolle spielte in allen drei Staaten die Organisation der Lehrer:innen über Social media. Die Frustration und



die dadurch freigesetzte Energie zum Arbeitskampf kanalisiert sich nicht über die bestehenden Gewerkschaftsstrukturen, sondern über Facebook-Kanäle, denen zum Teil innert wenigen Tagen Zehntausende beitraten.

Den Anfang machte West Virginia. Mit 78 Prozent bestand dort der höchste gewerkschaftliche Organisationsgrad, welcher sich auf zwei gleich starke Lehrer:innengewerkschaften aufteilte. Die Vorarbeit für die Streikbewegung leisteten Mitglieder der Democratic Socialists of America (DSA), welche ausserhalb der Gewerkschaftsstrukturen, von denen sie enttäuscht waren, eine Facebook-Gruppe gründeten. Sie teilten ab Oktober 2017 über mehrere Wochen Inhalte über die unhaltbaren Zustände in den Klassenzimmern und riefen an bundesweiten Lehrer:innentreffen Leute dazu auf, der Gruppe beizutreten. Ihr Ziel war es, möglichst alle Lehrer:innen zu erreichen und nicht nur die gewerkschaftlich organisierten abzuholen. Als Kürzungen der Gesundheitsleistungen für Lehrpersonen angekündigt wurden, stieg die Mitgliederzahl der Gruppe innerhalb weniger Wochen von drei- auf über zwanzigtausend. Die Lehrer:innen posteten tausende Geschichten, wie die Gesundheitskürzungen sie negativ beeinflussen, hunderte teilten Screenshots von ihrem leeren Bankkonto Ende des Monats und Rufe nach Streiks wurden laut.

Die Gewerkschaften wussten zwar von all dem, waren aber skeptisch bis offen feindselig und gingen nicht auf die Lehrer:innen der DSA zu, während diese gleichzeitig jedoch bewusst die Energie der Menschen auf Facebook hin zu den Gewerkschaften kanalisierten. Durch den Druck auf Facebook wurden gewerkschaftliche Treffen auf lokaler und County-Ebene aktiv, welche zuvor brachlagen. Auf diesen Treffen, an welchen auch viele Leute ohne Mitgliederausweis teilnahmen, wurde die zögernde und skeptische Gewerkschaftsbürokratie zum Streik gedrängt, welcher schliesslich über die Gewerkschaftsinfrastruktur (Räume, um sich zu treffen,

Mitgliederkommunikation, lokale Organizer:innen) durchgeführt wurde. Da an den Abstimmungen der Gewerkschaftstreffen alle 55 Counties für den Streik stimmten, hatten die Gewerkschaften die Legitimation, einen Streik im ganzen Bundesstaat auszurufen, obwohl Lehrer:innenstreiks dort illegal sind.

Die Streiks dauerten insgesamt acht aufeinanderfolgende Tage, während denen die Streiks immer wieder verlängert wurden und auch

in Wildcat-Formen übergangen, da die Gewerkschaften aus Sicht der Lehrer:innen zu früh einlenkten. Am Schluss erreichten sie eine Gehaltserhöhung von fünf Prozent, welche das republikanisch dominierte Parlament aufgrund der Streiks und gleichzeitigen Demonstrationen von 5000 Leuten vor dem State Capitol schliesslich guthiess. Zudem wurde die Verabschiedung etlicher geplanter Gesetze verhindert, die die Arbeitsbedingungen zusätzlich verschlechtert hätten.

### Scheitern auf traditionelle Art in Oklahoma

In Oklahoma waren die Streikbemühungen viel weniger erfolgreich. Zum einen war der Organisationsgrad mit 54 Prozent um einiges tiefer. Das alleine erklärt jedoch noch nicht viel: Die erfolgreichen Streiks in West Virginia wurden zwar mithilfe der gewerkschaftlichen Infrastruktur auf die Beine gestellt, jedoch gegen den zumindest passiven Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie durchgesetzt. In Oklahoma wurden nach den Streiks in West Virginia ebenfalls Rufe nach einem Streik laut, allerdings innerhalb der Lehrer:innengewerkschaften. Diese verzichteten auf eine Nutzung von Facebook. Zwar wurde eine FB-Gruppe gegründet, welche innerhalb von wenigen Tagen 5000 Mitglieder hatte. Diese wurde aber von einer Einzelperson ohne Verbindung zur Gewerkschaft hierarchisch geführt.

Anders als in West Virginia fällt die Gewerkschaft eine Top-down-Entscheidung zum Streik ohne lokale Abstimmungen, es fehlte sowohl die Koordination über den ganzen Bundesstaat als auch radikale, im Organizing geschulte Basismitglieder, die die politischen und strategischen Diskussionen lokal verankert hätten. Obwohl die Gewerkschaft es schaffte, 5000 Leute zu Demos vor dem State Capitol zu mobilisieren, fehlten klare Forderungen, was die Lehrer:innen verwirrte und ärgerte. Nach neun Tagen wurde der Streik durch die Gewerkschaftsführung ohne Votum der Basis abgeblasen, ohne nennenswerte Erfolge erzielt zu haben.

### Erfolg durch Partizipation und Solidarität in Arizona

In Arizona war das Zusammenspiel zwischen Basisbewegung und Gewerkschaften am besten. Zwar war der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Arizona mit 31 Prozent bei weitem der tiefste der drei Staaten, doch das stellte kein Hindernis dar. Der Streik wurde von der Lehrer:innengewerkschaft zusammen mit der Basisbewegung «Arizona Educators United» (AEU) organisiert. AEU war nicht nur eine Facebook-Gruppe, sondern ein Team von neun in der DSA organisierten Lehrer:innen, welche in ganz Arizona über ein System von 2000 Schulkontakten» (*school-liasons*) Aktionen plante und durchführte. Sie kreierten ein partizipatorisches Social-media-Netzwerk, um den Lehrer:innen zu ermöglichen, an der von AEU vorgeschlagenen Strategie teilzuhaben. Innerhalb von ein paar Wochen waren mehr Lehrer:innen über Facebook bei AEU vernetzt als die Gewerkschaft Mitglieder hatte.

Das führte zu einer Doppelspurigkeit, bei der neben der Gewerkschaftsinfrastruktur auch noch die AEU mit einer unabhängigen Struktur entstand. Die AEU wollte aufgrund von Vorbehalten gegenüber der Gewerkschaft unter vielen Lehrpersonen explizit nicht auf das System der Gewerkschaftsrepräsentant:innen an den Schulen zurückgreifen. Trotzdem gingen die Gewerkschaftsfunktionär:innen offen auf AEU zu und halfen bei der Verbesserung der Kommunikationsinfrastruktur mit Trainings für die Schulkontakte und logistischer Unterstützung bei Aktionen. Die Entscheidung für den Streik kam aus der AEU, die Gewerkschaft pochte auf eine Abstimmung, um die nötige Legitimität zu sichern. Der fünftägige Streik endete mit Lohnerhöhungen für die Lehrpersonen und das Hilfspersonal, neuen Obergrenzen der Klassengrössen und einem besseren Verhältnis der Anzahl Schüler:innen pro Sozialarbeiter:in.

### Bedingungen der Erfolge

Die Massenstreiks in den drei Staaten waren also, etwas verkürzt formuliert, dann erfolgreich, wenn eine lang anhaltende interne und externe Unterstützung da war, nicht nur Lehrer:innen, sondern breite Schichten der Bevölkerung involviert waren, Basisorganisationen die Trägheit der Gewerkschaften überwinden konnten und ihnen die Gewerkschaftsinfrastruktur zur Verfügung stand, Leute mit einer klaren Klassenkampfperspektive vorhanden waren, um die Aktionen zu koordinieren und voranzutreiben und schliesslich, wenn partizipative Social-media-Arbeit mit Organizing auf der lokalen Ebene kombiniert wurde. ■

**Fabian Stalder** arbeitet als Lehrer und ist VPOD-Mitglied.

# Gemeinsam bilden

**Viele Bildungsinstitutionen legen heute grossen Wert auf eine gut funktionierende Zusammenarbeit. Gerade aus der Perspektive einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sind Kooperationen zentral. In Zusammenarbeit mit ausserschulischen Akteuren hat éducation21 fünf neue Lernmedien zu den Themen Wasser, Lebensraum, Migration und Energie entwickelt. Von Thomas Abplanalp**



## Wo bleibt der Käse?

**Methode:** Mystery

**Partner\*in:** Naturpark Beverin

**Stufe:** Zyklus 2

Das BNE-Mystery dreht sich rund um das Thema Wasserknappheit in den Bergen. Die Schülerinnen und Schüler lösen Rätsel, um Zusammenhänge zwischen Alpbetrieb, Klimawandel und Wasserressourcen im lokalen und globalen Kontext zu erkennen.

<https://www.education21.ch/de/lernmedien/wo-bleibt-der-kaese>

Bergbach auf der Alp Curtginatsch. Foto: Naturpark Beverin, Samirah Hohl



## Eine Schnur auf Reisen

**Methode:** vernetzt

**Partner\*in:** IRAS COTIS – Dialogue en Route

**Stufe:** Zyklus 3

In Form eines Rollenspiels lernen die Schülerinnen und Schüler Migrationshintergründe kennen, so diskutieren sie unter anderem über Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Migration. Die Perspektive von Migrierenden hilft ihnen dabei zu verstehen, wie sich das auf die Betroffenen und die Gesellschaft auswirkt und sie werden angeregt, darüber nachzudenken, wie sie mit Vielfalt umgehen können.

<https://education21.ch/de/lernmedien/eine-schnur-auf-reisen>

Bild: iStock



## Un espace pour toutes et tous!

**Methode:** Lernpfad

**Partner\*in:** Association Ville-en-tête

**Stufe:** Zyklus 1

Mit Un espace pour toutes et tous! können Klassen im Vallée de la Jeunesse in Lausanne auf Schnitzeljagd gehen. Der Lernpfad regt die Schülerinnen und Schüler dazu an sich damit zu befassen, was ein öffentlicher Raum ist, welche Bedeutung er hat und wie er genutzt werden kann.

<https://education21.ch/fr/ressources-pedagogiques/un-espace-pour-toutes-et-tous>

Henry Wyden, Des enfants conduisant des petites voitures dans le jardin de circulation de l'Exposition nationale, photographie, 1964 C coll. Musée Historique Lausanne, photographie Henry Wyden. Crédits : Atelier de numérisation Ville de Lausanne, Marie Humair

## Was macht einen Wohnort lebenswert?

**Methode:** Lernpfad

**Partner\*in:** UNESCO Biosphäre Entlebuch

**Stufe:** Zyklus 2

Im BNE-Lernpfad suchen Schülerinnen und Schüler Antworten auf die Frage: Was macht einen Wohnort lebenswert? Auf einem bestehenden Kulturweg im Entlebuch widmen sich sechs Posten sechs Themenbereichen rund um den Lebensraum «Dorf». Namentlich sind das beispielsweise Mobilität und Wohnen, Gesundheit und Partizipation.

<https://education21.ch/de/lernmedien/was-macht-einen-wohnort-lebenswert>

Swing the world Schaukel (Schüpferegg, Schüpflheim)  
@UNESCO Biosphäre Entlebuch / Felder Photograph



**ON/OFF****Methode:** Situationskarten**Partner\*in:** Ökozentrum**Stufe:** Zyklus 2

Dank der Situationskarten erkennen Schülerinnen und Schüler Zusammenhänge zwischen Energie und Umwelt und diskutieren Chancen und Risiken unterschiedlicher Energiequellen. Sie reflektieren, wie sich ihr Konsum bzw. Verhalten auf den Energieverbrauch und die Umwelt auswirkt, beispielsweise ein Kurztrip nach Paris, um ein Fussballspiel zu schauen.

<https://education21.ch/de/leremedien/onoff>

Diese Lernmedien erweitern bestehende Themendossiers und sind kostenfrei im Katalog von **éducation21** erhältlich.



Die Einsatzmöglichkeiten Künstlicher Intelligenz scheinen das gesellschaftliche Leben aktuell umzuwälzen. Auch bezüglich sozialer und ökologischer Dringlichkeiten bietet uns Künstliche Intelligenz Chancen, fordert uns aber auch heraus. Auf der einen Seite lässt sich mit KI die wirtschaftliche Effizienz steigern, die Technologie kann auf der anderen Seite aber auch überfordern. Allein diese Ausgangslage zeigt bereits die Wichtigkeit einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) auf. Sie stellt einen Beitrag der Bildung zum gesellschaftlichen Vorhaben der nachhaltigen Entwicklung dar. Diese erarbeitet mögliche Wege zum Umgang mit den ökologischen und sozialen Dringlichkeiten unserer Zeit. Schülerinnen und Schüler sollen sich demgemäss BNE-Kompetenzen aneignen, die sie in die Lage versetzen, die Komplexität der Welt zu erfassen, sie kritisch zu hinterfragen und nach eigenen Möglichkeiten nachhaltig zu handeln.

BNE bevorzugt zudem eine lernzentrierte, forschend-entdeckende und kooperative Pädagogik, die unter anderem Autonomie, kritisches Denken und Kommunikation fördert. Als Grundlage dienen wissenschaftliche Fakten, um Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, verschiedene Lösungen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung sachkundig und kritisch zu bewerten. Da viele soziale und ökologische Probleme globaler oder zumindest regionaler Natur sind, gewinnt gerade Kooperation an Bedeutung. Mit anderen zusammen arbeiten zu können, gehört deshalb zu den BNE-Kompetenzen, die für Schülerinnen und Schüler heute besonders wichtig sind.

### **Fünf Lernmedien – entstanden in Kooperation**

Mit fünf neuen Lernmedien zeigt **éducation21** den Wert einer gelungenen Zusam-

menarbeit auf, so entstanden sie in enger Zusammenarbeit mit unterschiedlichen ausserschulischen Organisationen. Die kooperativ entwickelten Lernmedien unterstützen Lehrpersonen darin, die BNE-Kompetenzen ihrer Schülerinnen und Schüler zu fördern, dafür waren die Fachexpertisen und praktischen Erfahrungen der ausserschulischen Akteure von grosser Bedeutung.

Inhaltlich dreht sich alles um die Themen Wasser, Lebensraum, Migration und Energie und die neuen Lernmedien ergänzen somit die entsprechenden Themendossiers von **éducation21**. Die Lernenden arbeiten gemeinsam an nachhaltigkeitsrelevanten Fragen, reflektieren ihr eigenes Verhalten und lernen, unterschiedliche Perspektiven zu einem Thema einzunehmen und vernetzt, kreativ und kritisch zu denken.

### **Attraktive methodische Ansätze**

Die vielfältigen und attraktiven methodischen Ansätze, vom Lernpfad bis zum Rollenspiel, begünstigen aktives und interdisziplinäres Lernen. Sie beziehen die lokale und regionale Umgebung ein und ermöglichen das Handeln im alltäglichen Umfeld der Schülerinnen und Schüler. Dank der so geschaffenen gemeinsamen Wissensgrundlage können die Kinder die in den Lernmedien gestellten Fragen zusammen diskutieren. Kurz: die fünf neuen Lernmedien für die Zyklen 1 bis 3 basieren auf einer schülerzentrierten, forschend-entdeckenden und kooperativen Pädagogik.

### **Zusammenarbeit in der Bildung**

Die fünf entstandenen Lernmedien zeigen, wie wertvoll gute Zusammenarbeit ist. Eine solche ist gerade in der Bildungslandschaft zentral. Das gemeinschaftliche Klären von Bildungsfragen basiert immer auf verschiedenen Perspektiven. Eine Entscheidung, die

viele verschiedene Perspektiven berücksichtigt, weist eine grössere Differenziertheit auf und ist dementsprechend fundierter. Gerade **éducation21** als nationales Kompetenzzentrum für BNE nimmt diesbezüglich eine wichtige Rolle ein. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit schulinternen und -externen Akteuren unterstützt die Stiftung die praxisorientierte Verankerung, Umsetzung und Weiterentwicklung von BNE in der Schule im Sinne eines Lern-, Lebens- und Arbeitsortes – auch über die Sprachgrenzen hinweg. Menschen zu bilden bedingt immer die eine oder andere Form von Zusammenarbeit. Auch deshalb ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler lernen, mit anderen zusammenzuarbeiten. Zum Beispiel mit einem der fünf neuen, fach- und sprachübergreifend erstellten Lernmedien. ■

**éducation21**, das nationale Kompetenzzentrum und Fachagentur der EDK für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE), erbringt seit 10 Jahren praxisorientierte Angebote für Schulleitungen und Lehrpersonen. Dazu gehören evaluierte Lernmedien und Bildungsaktivitäten ausserschulischer Akteure sowie didaktisierte Filme. Zudem stellt **éducation21** Praxisbeispiele aus Schule und Unterricht zusammen und leitet das Netzwerk «Schulnetz21». Darüber hinaus leistet **éducation21** fachliche und finanzielle Unterstützung an innovative Projekte in Schulen und an Pädagogischen Hochschulen.



# Spiel als Verbindung von Vernunft und Sinnlichkeit

**War Friedrich Schiller ein Pädagoge? Relevant für die Bildungstheorie ist insbesondere sein Text «Über die Ästhetische Erziehung des Menschen».**  
Von Liselotte Lüscher

Friedrich Schiller hat bestimmt nicht an Kindererziehung in Familie oder Schule gedacht, als er seinen für heutige Lesende eher schwierigen Text «Über die Ästhetischen Erziehung des Menschen» schrieb. Ihn hatten damals die Auswirkungen der Französischen Revolution, die er an sich unterstützte, schockiert – ihre blutigen Folgen. 1793, vier Jahre nach Ausbruch der Revolution, schrieb er an einen Freund: «Ich kann seit 14 Tagen keine französischen Zeitungen mehr lesen, so eckeln diese elenden Schinderknechte mich an». Für ihn war klar, für diese Revolution, für diese Änderung im Zusammenleben waren die Menschen nicht reif genug gewesen. Er wünschte, dass sich etwas ändert, dass die Menschen sich ändern, damit solche Gräueltaten nie mehr geschehen konnten. Einen durch die Politik veränderten Staat zu schaffen, ohne dass die Menschen für die Veränderungen bereit seien, schien ihm sinnlos.

## Politische Veränderungen durch ästhetische Erziehung

Wie Menschen zu Menschen in seinem Sinn «ästhetisch» erzogen werden sollten, wirkt auf uns heute fast paradox und wir blicken zum Teil etwas hilflos auf seine Vorschläge. Und doch: Schillers Vorstellungen sind immer noch anregend und ich staune über seine Konsequenz im Denken. Der Mensch wird bei ihm durch Kunst erzogen, denn in der Wirklichkeit findet Schiller keine «rein ästhetische Wirkung». Der Mensch muss «gleich leidend und tätig», das heisst sowohl über die Sinne und die Vernunft bestimmt sein, dann ist er laut Schiller «ästhetisch», also ästhetisch erzogen.

Die Kunstwerke, an die er denkt, können sogar über sich hinauswachsen, dann wird zum Beispiel «die bildende Kunst in ihrer höchsten Vollendung ... Musik» oder «die

Poesie ... muss uns wie die Tonkunst, mächtig fassen». «Der vollkommene Stil in jeder Kunst» zeigt sich darin, «dass er die spezifischen Schranken derselben zu entfernen weiss». Ein interessanter Gedanke. Zudem: je höher in der Vollendung die Künste steigen, desto wirkungsvoller ist ihr Einfluss auf den Menschen, der sie aufnimmt.

## Form und Inhalt

Interessant erscheinen mir seine weiteren Überlegungen zum Kunstwerk als solchem: «In einem wahrhaft schönen Kunstwerk soll der Inhalt nichts, die Form alles tun ...», denn nur durch die Form werde auf den ganzen Menschen «gewirkt». Das sagt der heute immer noch oft gespielte grosse Dramatiker Schiller, dessen Theaterstücke vor allem durch ihre Inhalte faszinieren. Mit dieser Aussage hat er wahrscheinlich schon damals polarisiert. Er glaubte an die Wirkung der Kunst als Form und nicht durch deren Inhalte.

Zum Verhältnis des Menschen zur Kunst hat er eine weitere spannende Aussage gemacht: Der Mensch kann, seiner Ansicht nach, vor allem zur angestrebten Verbindung von Sinnlichkeit und Vernunft finden, wenn er spielt. «... der Mensch ist nur da ganz Mensch, wo er spielt», schreibt er. Auch hier hat ihn das zweckfreie Kinderspiel nicht speziell interessiert. Aber zweckfrei ist für ihn auch das Spiel des erwachsenen Menschen. Beide «Welten» werden dabei gleichzeitig umfasst: «Sowohl der materielle Zwang der Naturgesetze als der geistige Zwang der Sittengesetze» und «aus der Einheit jener beiden Notwendigkeiten ging ihnen erst die wahre Freiheit hervor». Mit dem Verhältnis des Menschen zur Freiheit hat er sich auch in seinen Theaterstücken immer wieder auseinandergesetzt.

Seine Theaterstücke hat er während zwei klar getrennten Lebensabschnitten geschrieben, die unterbrochen waren durch eine zirka zehnjährige Phase, in der er fast ausschliesslich theoretische Schriften verfasste. Die «Ästhetische Erziehung des Menschen», aus der die meisten Aussagen in diesem Text stammen, wurde in dieser Zeit verfasst. Es handelt sich hierbei um eine Brieffolge, die ursprünglich an einen damaligen Herzog gerichtet war.

## Grosses Jahrhundert, kleines Geschlecht

Schiller wurde nur 54 Jahre alt. Er heiratete mit 41 Jahren und hatte vier Kinder. In den letzten zehn Jahren seines Lebens war er immer wieder krank. Er litt an Fieberanfällen, Atembeschwerden und organischen Entzündungen, erholte sich dann für eine gewisse Zeit, und darauf kehrten die Symptome zurück. In dieser für ihn späten Zeit begann auch seine Freundschaft mit Goethe. Die beiden verfassten gemeinsam Zweizeiler, die als Xenien veröffentlicht wurden und sie sollen sich dabei sehr amüsiert haben. Eine dieser Xenien, die für mich auch einen direkten Bezug zur «Ästhetischen Erziehung» von Schiller hat, zum Abschluss: «Eine grosse Epoche hat das Jahrhundert geboren, Aber der grosse Moment findet ein kleines Geschlecht.» ■

**Liselotte Lüscher** ist Erziehungswissenschaftlerin. Als ehemalige Lehrerin kennt sie das Schulwesen; seit vielen Jahren beschäftigt sie sich mit diesem auch wissenschaftlich und politisch. Sie promovierte zur Geschichte der Schulreform in der Stadt Bern, war Lehrbeauftragte am Pädagogischen Institut der Uni Bern und Mitglied im Berner Stadtrat.

## Gratisarbeit als Lohnpolitik



Die Doktoratsstudierenden an der Universität Zürich geraten von verschiedenen Seiten unter Druck. Der Bundesrat will in der Forschung Millionen sparen, was auch zu Kürzungen von Projekten mit Doktorand:innen führen wird. Gleichzeitig sorgen neue Doktoratsvereinbarungen und ein eigenartiger «Eigenbeitrag» für Spannungen. Die sowieso schon schwierige Situation der Zürcher Nachwuchsforscher:innen droht sich noch weiter zu verschlechtern.

**W**er an der Universität Zürich doktoriert, kann das auf drei Arten machen: Als freies Doktorat, welches ohne Anstellung an der Universität bestritten wird, als Doktorand:in, welche zum grössten Teil über Projekte finanziert sind, oder als Assistent:in an einem Lehrstuhl. Letztere haben neben ihrer eigenen Forschung auch noch Aufgaben in der Administration und der Lehre. Da Menschen im freien Doktorat nicht in einem Arbeitsverhältnis mit der Universität Zürich stehen, ändert sich für sie nichts. Auf die anderen kommen aber Veränderungen zu, welche die Situation nicht nur verbessern.

### Bund spart bei der Forschung

Auf Grund des sogenannten «Berichts der Expertengruppe zur Aufgaben- und Subventionsüberprüfung»,

welcher vom Bundesrat in Auftrag gegeben wurde, um Sparpotential zu finden, hat die Regierung beschlossen auch im Bereich Forschung die Schere anzusetzen. Davon betroffen ist auch der Schweizerische Nationalfonds, welcher wissenschaftliche Projekte finanziert, wenn sie hohe Qualitätsstandards erfüllen. Über 270 Millionen Franken sollen dem SNF in den Jahren 2027 und 2028 weniger zur Verfügung stehen. Das entspricht einem Abbau von über 10 Prozent und führt dazu, dass etwa 700 Forschungsprojekte nicht finanziert werden können, obwohl sie alle Kriterien erfüllen. Die Leidtragenden: Zukünftige Doktorand:innen, welche trotz hoher Qualifikation eventuell keine Anstellung in einem Projekt finden werden. Ganz abgesehen davon, dass die Schweiz als Bildungs- und Forschungsland schlecht beraten ist, gerade in diesen Bereichen zu sparen.

### Verbesserungen, die keine sind

Seit Anfang 2024 werden Doktorand:innen an der Universität Zürich nun grundsätzlich zu 80 Prozent angestellt. Das allein wäre natürlich zu begrüssen, denn mit den bisherigen Anstellungen im Bereich von 50 bis 60 Prozent kann der Lebensunterhalt im teuren Zürich eher schlecht als recht bestritten werden. Mit der Erhöhung des Anstellungsgrades ging aber ausdrücklich keine Lohnerhöhung einher, was also zu keinerlei Entspannung führt. Eigentlich ist es sogar eine versteckte Lohnkürzung. Das Problem des akademischen Präkariats wird damit wahrlich nicht behoben.

### Zynische «Eigenleistung»

Dazu kommt jetzt auch noch, dass die Universität Zürich Doktoratsstudierende Vereinbarungen unterzeichnen lässt, in welchen sie sich verpflichten, zusätzlich zu der über die Anstellung abgoltene Zeit noch mindestens 20 Prozent eines Vollzeitpensums der Freizeit für das Verfassen der Dissertation hinzugeben. Das nennt die Universität die «Eigenleistung» und greift damit nicht nur in die spärliche Freizeit der Doktorand:innen ein, sondern suggeriert dazu auch noch, nur was in der Freizeit geleistet würde, sei ihre eigene Leistung. Wer in den übrigen 80 Prozent der Zeit die Doktorarbeit schreiben soll, wenn nicht die Doktoranden selbst, erschliesst sich uns nicht. Zudem erachten wir es als Affront, dass neben der bezahlten Zeit auch noch mindestens ein Arbeitstag «freiwillig» an der Dissertation gearbeitet werden muss. Wer bei den schlechten Löhnen, die in der Nachwuchsforschung bezahlt werden noch auf eine weitere Anstellung angewiesen ist, muss oft eine Sechstageswoche akzeptieren. ■

Text: **Jonas Keller**, VPOD-Regionalsekretär, Sektion Zürich Lehrberufe

# Vereinbarkeit von Familie und Lehrberuf verbessern

Eine Umfrage unter Lehrpersonen an einer Sekundarschule im Kanton Zürich zeigt exemplarisch, welche Probleme Lehrpersonen in ihrem Berufsalltag sehen. Diese liefert wertvolle Einblicke, wo die Schule ansetzen kann, um die Arbeitsbedingungen und damit auch die Schulqualität zu verbessern.

**M**inu, ihr habt an eurer Schule eine Umfrage unter Lehrpersonen durchgeführt zu den Arbeitsbedingungen und zur Zusammenarbeit. Was war der Auslöser für die Umfrage, warum habt ihr diese durchgeführt?

– Unser Schulmotto lautet «füreinander, miteinander, voneinander». Von diesem inspiriert hatte ich in einem MAB-Gespräch meiner Schulleiterin gegenüber geäußert, dass mich interessieren würde, welche Probleme die Lehrpersonen an der Schule sehen, die gelöst werden müssen. In Absprache mit ihr habe ich dann die Umfrage gestartet, um zu erfahren, wo bei meinen Kolleg\*innen der Schuh drückt hinsichtlich Arbeitsbedingungen und der Zusammenarbeit. Die Umfrage soll aufzeigen, wo Verbesserungsbedarf besteht, um Herausforderungen gezielt anzugehen und zu bewältigen. Insgesamt haben 30 Mitarbeitende anonym an der Umfrage teilgenommen. Demnächst werde ich mit der Schulleitung ein Auswertungsgespräch haben. Sie ist sehr interessiert an den Ergebnissen, um gegebenenfalls mit Massnahmen zu helfen.

**Welche Ergebnisse sind für euch besonders aufschlussreich?**

– Die Lehrpersonen an unserer Schule sind mit Vielem zufrieden, auch wenn natürlich nicht immer alles perfekt ist. Die Mehrheit fühlt sich unterstützt im Unterricht wie bei der beruflichen Weiterentwicklung und hat den Eindruck, dass sie an wichtigen Entscheidungen an der Schule partizipiert. Unsere neue Schulleitung hat im Gegensatz zur früheren einen explizit partizipativen Ansatz. Wenn wir Meetings haben, sitzen wir an Gruppentischen und bekommen Aufgaben, die wir zusammen lösen. Besonders vorbildlich finde ich, dass sie eben nicht davon ausgeht, dass sie schon alles weiss, sondern ein echtes Interesse hat, unsere Probleme kennenzulernen und gemeinsam nach Lösungen für diese zu suchen.

Ich weiss es zu schätzen, dass unsere Schulleitung deutlich macht, dass sie hohes Engagement gern sieht



Ich treffe  
Minu Faber im  
Regionalsekretariat  
des VPOD Zürich.

und wertschätzt. Dadurch werden zahlreiche Vorschläge von Lehrpersonen formuliert, aus denen das eine oder andere sogar zum regelmässigen Programm wird – von Lehrpersonen für Lehrpersonen. So haben wir beispielsweise Spielmittage, Lehrer:innensport und Aufmerksamkeitstraining, was der Gesundheitsförderung zu Gute kommt

Wir sind noch eine von diesen klassischen Schulen, an denen jede Klassenlehrperson ein eigenes Klassenzimmer hat, Fachlehrpersonen dagegen keine. Wenn man Fachlehrperson ist, muss man darauf warten, dass die Klassenlehrperson einmal nicht da ist, um das Zimmer nutzen zu können. Tut man dies einmal, kann es schnell sein, dass sich Klassenlehrpersonen aufregen, dass das Zimmer unordentlich und dreckig ist. Hier könnte man etwas unternehmen und es geschieht auch etwas: Wir bekommen jetzt mehr Arbeitsplätze zur Verfügung.

**Was könnte die Schulleitung dazu beitragen, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern?**

– Unsere Umfrageergebnisse zeigen, dass die stärksten Herausforderungen und der grösste Handlungsbedarf vor allem in den Bereichen «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» sowie «administrativer Aufwand» gesehen wird.

Was den administrativen Aufwand betrifft, sind wir sehr froh um die professionelle Schulleitung, ohne die eine Schule von unserer Grösse nicht funktionieren würde. Wir sind ja über sechsfünfzig Lehrpersonen, unser ganzes Team mit Hauswart und Reinigungskräften besteht aus circa siebzig Personen – gleichzeitig sind es 530 Schüler\*innen.

Trotzdem betrachten wir Lehrpersonen den administrativen Aufwand immer noch als zu hoch und empfinden uns durch interne sowie externe Vorgaben eingegrenzt. Vielleicht wäre es ein gangbarer Weg, dass Schulassistierende vermehrt für administrative Tätigkeiten ausgebildet werden, um das, was möglich ist, zu übernehmen.





## «Wir sollten uns hier solidarischer zeigen mit Kolleg\*innen mit kleinen Kindern.»

Gerade für jüngere Kolleginnen und Kollegen mit Betreuungspflichten zuhause wäre es wirklich wichtig, etwas für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun. Viele kämpfen verzweifelt um eine Balance zwischen Arbeit und Privatleben.

Mir selbst gelingt ein solches Gleichgewicht eigentlich ganz gut. Aber ich habe auch das Privileg, dass ich Teile meiner Freizeit für Zusatzarbeiten und Weiterbildung aufwenden kann, da unsere Kinder aus dem Haus sind. Da die Belastungen so unterschiedlich sind, sollte man sich solidarisch zeigen: diejenigen, die weniger belastet sind oder gerade mehr Energie haben, können ruhig mal etwas mehr machen (so wie ich) für diejenigen, die zum Beispiel familiär sehr beansprucht sind, denn das wird nicht immer so sein. Es wird auch Zeiten geben, in denen sie andere unterstützen können. Da unsere Schulleitung sich offen für individuelle Lösungen zeigt, könnte es im Bedarfsfall beispielsweise auch erlaubt werden, möglichst viel im Homeoffice zu arbeiten, zum Beispiel wenn es um die Teilnahme an Meetings oder einer Weiterbildung geht. ■

Minu Faber ist Sekundarlehrerin und VPOD-Mitglied.  
Das Interview wurde von Johannes Gruber geführt.

# Bürokratie ohne Zugewinn verdoppeln? Nein, danke!

Im Kanton Zürich läuft zurzeit die Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative betreffend Qualitätswettbewerb statt Monopol bei den Lehrmitteln – für eine geleitete Lehrmittelfreiheit im Kanton Zürich (KR-Nr. 19/2022). Doch die PI führt lediglich zum Aufbau unnötiger Bürokratie.

Am 24. Januar 2022 reichten Marc Bourgeois und Mitunterzeichnende die parlamentarische Initiative betreffend «Qualitätswettbewerb statt Monopol bei den Lehrmitteln – für eine geleitete Lehrmittelfreiheit im Kanton Zürich» ein. Sie wurde am 25. April 2022 mit 78 Stimmen vorläufig unterstützt. Die Initiative fordert, die Vorschriften zu den Lehrmitteln zu liberalisieren. Lehrpersonen sollen künftig ihre Lehrmittel aus einer Liste geeigneter Angebote auswählen können.

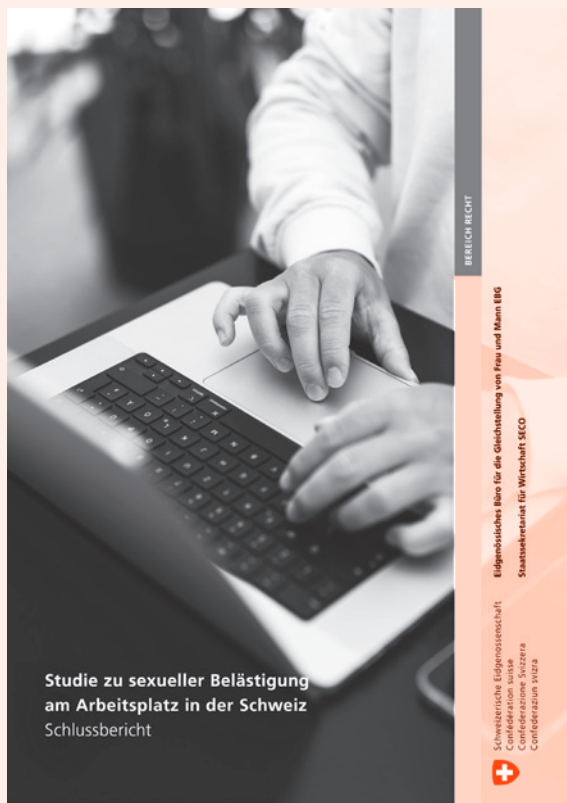
Die Parlamentarische Initiative wurde in der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beraten und es wurden Anhörungen durchgeführt. Im Anschluss daran hat sich eine Mehrheit der Kommission dafür entschieden, die PI weiterhin zu unterstützen und einen Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung zu geben. Die Vernehmlassung kann auf der Webseite des Kantons eingesehen werden und läuft bis zum 20. April 2025. Auch wenn nur ein kleiner Kreis von Verbänden eingeladen wurde, können sich alle, die es interessiert, an der Vernehmlassung beteiligen.

Die Initiative fordert, dass der kantonale Lehrmittelverlag nicht mehr in der Lehrmittelkommission vertreten sein soll. Zudem soll die Kommission eine Liste aller geeigneten Lehrmittel erstellen, aus denen die Lehrpersonen dann frei wählen können. Klingt doch vernünftig? Leider nein.

Die Grundlagen: Im Kanton Zürich sieht das Gesetz einen unabhängigen, durch den Kantonsrat gewählten Bildungsrat aus Bildungsexpert:innen vor. Der Bildungsrat ist unter anderem zuständig für den Lehrplan und die Lehrmittel. Er entscheidet, ob Lehrmittel vom freien Markt genommen werden sollen oder ob eigene kantonale Lehrmittel geschaffen werden müssen, die den Qualitätskriterien genügen. Zudem setzt der Bildungsrat auch eine Lehrmittelkommission ein – bestehend aus Lehrpersonen aller Stufen und weiteren Expert:innen –, die die Produktion eigener Lehrmittel eng begleitet. In dieser hat auch der Kantonale Lehrmittelverlag einen Sitz, da er die Lehrmittel umsetzen muss. Konkret: Wir haben bereits eine Lehrmittelkommission und auch eine Lehrmittelliste, nämlich die Liste der obligatorischen Lehrmittel. Und die Lehrpersonen bestimmen mit, wie die Lehrmittel aussehen.

Wozu also die Parlamentarische Initiative? Die Initiant:innen sagen, es gehe darum, den Lehrpersonen entgegenzukommen, dass diese mehr Freiheiten im Unterricht haben. Doch dafür hätte es gereicht, mit einem Postulat den Bildungsrat aufzufordern, weniger obligatorische Lehrmittel zu bestimmen. Da sie aber diesen Weg nicht gewählt haben, habe ich den Eindruck, den Initiant:innen geht es vielmehr darum, den Bildungsrat und den kantonalen Lehrmittelverlag zu schwächen. Bei Annahme der Parlamentarischen Initiative würden die Aufgaben der Lehrmittelkommission vielmehr sein, alle Lehrmittel auf dem Markt zu prüfen, um die Liste zu verfassen. Dies wäre eine unnötige bürokratische Verdoppelung. Und es erstaunt, dass ausgerechnet diejenigen Parteien, die sich immer gegen Bürokratie aussprechen, nun deren Ausbau fordern. ■

Text: Monika Wicki ist SP-Kantonsrätin und VPOD-Mitglied.



Aktuelle Daten zum Thema finden sich in der «Studie zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz in der Schweiz» des «Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG» und des «Staatssekretariats für Wirtschaft SECO», download unter: [www.news.admin.ch/news/message/attachments/90904.pdf](http://www.news.admin.ch/news/message/attachments/90904.pdf)

kampagnen organisieren. Gleichzeitig setzen wir uns auf politischer Ebene für stärkere Durchsetzung der Gesetze und für Sanktionen gegen Unternehmen ein, die keine Massnahmen gegen sexuelle Belästigung ergreifen. Unsere Arbeit soll nicht nur Betroffenen helfen, sondern auch strukturelle Veränderungen bewirken, damit solche Vorfälle in Zukunft verhindert werden.

Und vor allem müssen wir für eine Kultur kämpfen, in der sexuelle Belästigung nicht mehr als Randproblem abgetan wird. Es braucht mutige Stimmen, die nicht schweigen. Ich sehe es als meine Aufgabe, diesen Stimmen Gehör zu verschaffen. Die Kampagne «Du bist nicht allein» soll genau das tun: Betroffenen eine Plattform geben, Solidarität zeigen und strukturelle Veränderungen anstossen. Denn sexuelle Belästigung ist nicht das Problem einzelner Frauen – es ist ein gesellschaftliches Problem, das wir gemeinsam lösen müssen. (pr)

## Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Erfahrungen, Herausforderungen und gewerkschaftliche Lösungen.

In meiner Funktion als VPOD-Sekretärin für Gleichstellung in der Region Zürich sehe ich immer wieder, dass sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ein strukturelles Problem ist. Seit dem Start unserer Kampagne «Du bist nicht allein» haben sich Betroffene gemeldet – nicht nur aus klassischen prekären Branchen, sondern auch aus der Kulturbranche und dem Vorschulbereich. Das zeigt, dass kein Arbeitsumfeld davor gefeit ist. Es zeigt auch, dass es höchste Zeit ist, politisch klare und entschiedene Massnahmen zu ergreifen.

Hier kommen die Gewerkschaften ins Spiel. Unsere Rolle ist es, das Bewusstsein für dieses Thema zu schärfen, Arbeitgeber zur Verantwortung zu ziehen und politischen Druck aufzubauen. Wir sensibilisieren für die Thematik, indem wir Schulungen und Informations-

## Lobbying für eine gute Schule

Der VPOD beteiligt sich an den Vernehmlassungen «Lehrmittelfreiheit» und «Schaffung einer neuen Dienstabteilung Sonderpädagogik im SSD».

Der VPOD ist bereits im Gespräch mit seinen Mitgliedern sowie mit den Lehrpersonen und Therapeut:innen der betroffenen Schulen. Die Konsultationen laufen, und wir werden uns klar und entschieden positionieren.

Unsere Haltung bleibt wie stets unverändert: Wir setzen uns für die Interessen der Arbeitnehmenden ein! Wir werden kritisch und, wo es nötig ist, konstruktiv sein, um Verbesserungen für die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu erreichen. Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass Reformen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Der VPOD bleibt wachsam – für eine starke, solidarische und gerechte Schule! (pr)

## Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: [zuerich.vpod.ch/kalender](http://zuerich.vpod.ch/kalender)

**IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION:** Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, [www.zuerich.vpod.ch](http://www.zuerich.vpod.ch), **Redaktion:** Jonas Keller und Pinuccia Rustico

**Layout und Druck:** ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 1 / 25, März 2025**, erscheint vier Mal jährlich, 10. Jahrgang, Auflage: 3000



Ausschnitt  
Bronzedeput Arbedo

# Das zweite Leben der Dinge – Stein, Metall, Plastik

**Eine informative Ausstellung im Forum Schweizer Geschichte Schwyz (Haus des Schweizerischen Nationalmuseums) erläutert die vielfältigen Recyclingmethoden der Vormoderne. Sie können als Anstoss gelesen werden, die Wiederverwertung von Gütern als Alternative zur Wegwerfgesellschaft der Moderne zu verstehen.**

**Von Markus Holenstein**

Gesellschaften des vorindustriellen Zeitalters waren mit dem Problem knapper Ressourcen konfrontiert. Sie sollten wegen ihrer hohen Werthaltigkeit möglichst lange Teil des Wirtschaftskreislaufs bleiben. Mit dem Wachstum der Städte seit dem Ende des 18. Jahrhunderts vergrösserten sich deren Abfallmengen. Erst die industrielle Massenproduktion schuf einen Überfluss an Gütern. Unsere Konsum- und Wegwerfgesellschaft ist ein junges Phänomen der Geschichte!

## Recycling in der Vormoderne

Textilien und Objekte aus Stein und Metall wurden in der Vormoderne unter viel Aufwand produziert. Je grösser der Aufwand, desto wertvoller die entsprechenden Gegenstände, desto dauerhafter ihr Verbleib im Wirtschaftskreislauf.

Textilien im Alltag wurden umgenutzt, mehrmals geflickt und bis zum lumpenähnlichen Zustand getragen. Lumpen bildeten schliesslich den Rohstoff der Papierproduktion. Kirchliche Textilien enthielten oft wertvollste Materialien, Gold- und Silberfäden, und zu verschiedenen Zeitpunkten hergestellte Stoffe. Die heutige Fast Fashion verursacht dagegen riesige Abfallberge; findige Modedesigner wie der Walliser Kevin Germanier verwenden Abfallmaterialien für das Upcycling von Kleidungsstücken.

Metalle gewann man in der Vormoderne nur in geringen Mengen, hortete sie häufig

und bewahrte sie zur Weiterverwendung auf. Ein illustratives Beispiel: das Bronzedeput von Arbedo, 450 v. Chr., Fragmente von Gefässen, Schmuck und Geräten, Werkstattabfälle, Halbfabrikate, teils aus Norditalien und Griechenland, ein 2000 Jahre altes Beil.

Metallobjekte – von der römischen Bronzestatue bis zur silbernen Wöchnerinnenschüssel im 17./18. Jahrhundert – erfuhren häufig ein radikales Recycling, indem man sie einschmolz und in Münzen und Waffen transformierte.

Die Schwierigkeit, während des Zweiten Weltkriegs Eisen und Stahl zu importieren, machte den Nutzen von Alteisensammlungen bewusst: «Sammelt Altstoffe und Abfälle! Tut Eure Pflicht!» So die Informationstafel des Grafikers Hans Anton Tomamichel, Bern 1939/40 im Auftrag des Bureaus für Altstoffwirtschaft.

Bekannt ist die Wiederverwendung von Steinen und Dekorelementen alter Gebäude für Neubauten (Spolien). Dazu sind beispielsweise eine als Eckstein eines mittelalterlichen Wohnturms von Eisau fungierende römische Säulentrommel und eine Grabsteinfligur des römischen Gottes Attis in einem Stadtturm Nyons aus dem 12. Jahrhundert zu zählen.

In der Vormoderne galt das Reparieren als Handwerk, um beschädigte Güter in den Wirtschaftskreislauf zu reintegrieren. Bekannte Beispiele: der Kesselflicker und

**«Die Menge Konsumgüter stieg in der Schweiz im 20. / 21. Jahrhundert auf durchschnittlich 10000 Objekte pro Haushalt an!»**

der Werkzeuge reparierende Familienvater. Die einfachste Alternative zum Wegwerfen bestand in der Wiederverwendung stabiler Gegenstände wie beispielsweise der Wiege, die zum Familienwertstück avancierte.

## Recycling in der Moderne – Kreislaufwirtschaft

Der zweite Teil der Ausstellung thematisiert das Recycling der Moderne als Teil einer Kreislaufwirtschaft mit den drei Strategien Reduzieren von Materialien und Abfall, Wiederverwenden und Wiederverwerten gebrauchter Gegenstände. Erwähnenswert sind Jean Tinguelys aus Industrieschrott



kreierte Kunstobjekte. Ein aus Kaffeerahmkapseln hergestellter Vorhang illustriert die Vielfalt der aus Abfallprodukten geschaffenen Objekte.

In der Schweiz werden pro Jahr circa 63000 Tonnen Kunststoffabfall zwecks Energiegewinnung verbrannt, und lediglich 80000 Tonnen dem Recycling zugeführt.

Nur ein Bruchteil des Plastikabfalls wird wiederverwertet. Besser funktioniert das



Recycling von PET und zirkulierendem Glas: momentan über 90 Prozent.

Mehrere Produkte der Bereiche Kleidung, Verpackung und Elektronik kennen das zirkuläre Design: Sie sind langlebig, zerleg- und reparierbar, vermeiden Abfall und enthalten schadstoffarme und recycelbare Werkstoffe wie das Paar Kinderschuhe mit biologisch abbaubarer Sohle und bunter Lederflicken (Bachelorarbeit ZHdK).

Die Menge Konsumgüter stieg in der Schweiz im 20./21. Jahrhundert auf durchschnittlich 10000 Objekte pro Haushalt an! Die Ausstellung möchte bewusst machen, wie deren Wert für ein zweites Lebens durch Reparieren, Wiederverwenden und Wiederverwerten erhalten werden kann. Ihr Besuch

ist bestens mit dem Unterricht der Fächer Natur – Mensch – Gesellschaft, bildnerisches Gestalten, Räume – Zeiten – Gesellschaften, Wirtschaft – Arbeit – Haushalt, Geschichte und Geographie und der transversalen Fachbereiche Politische Bildung und BNE zu verknüpfen. Die Vormoderne kann unter dem Aspekt des nachhaltigen Wirtschaftens, die Moderne mit den Fragen Recycling und Kreislaufwirtschaft thematisiert werden. Kurze Ergänzung: Die Vormoderne kannte auch Sharing Communities im Buddhismus, Hinduismus und Christentum – Klosterge-

meinschaften und Beginenhöfe –, ebenso Mikrokreditbanken in vielen Renaissancestädten Italiens für den Zugang ärmerer Haushalte zu Finanzdienstleistungen, zur Sicherung ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit! ■

**Das zweite Leben der Dinge. Stein Metall Plastik.**

Forum Schweizer Geschichte Schwyz |  
Zeughausstrasse 5 | 6430 Schwyz  
7.12.24 – 27.4.25; Öffnungszeiten: Di-So, 10 – 17 Uhr. [www.forumschwyz.ch](http://www.forumschwyz.ch)

# Schutz, Ermächtigung und Perspektiven für Kinder in Nothilfesituationen

**Eine Rezension zum Heft Terra cognita «Bewegte Kindheiten: Gefährdung und Ermächtigung». Zeitschrift der EKM, Herbst 2024. Von Markus Truniger**



gezeichnet wurden – einerseits schwarzweiss skizziert Kinder in Asyl-Camps, die isoliert und am Rande leben, andererseits bunt gemalt die geschützte und unbeschwertere Kinderwelt, wie wir sie für alle Kinder wünschen. Thema des ganzen Heftes ist die Beschreibung der prekären Lage von Kindern am Rande der Gesellschaft und die Vision eines geschützten Raums für alle Kinder.

**Systematische Verletzung des Kindeswohls**

Die Zeitschrift wird von der Eidgenössischen Kommission für Migration (EKM) herausgegeben. Die EKM behandelt das Thema der Kinder in prekären Lebenslagen als einen aktuellen Arbeitsschwerpunkt. Dazu hat die EKM eine Studie und ein Rechtsgutachten machen lassen. Das Fazit der EKM daraus ist klar: Auch heute wird in der Schweiz das Kindeswohl systematisch verletzt. Es herrscht dringender Handlungsbedarf, dem Vorrang des Kindeswohls Geltung zu verschaffen. Der Präsident der EKM, Manuele Bertoli, erklärt, dass eine Grenzziehung zwischen «unseren» und «anderen» Kinder nicht zulässig ist: «Wir müssen Sorge tragen für alle.»

Wenn ich das aktuelle Heft von Terra cognita anschau und durchblättere, springen mir zuerst die Bilder von Szenen mit Kindern ins Auge, die von Andreas Gefé

Das Heft enthält 33 kürzere Artikel über die Lage der Kinder und Jugendlichen, die zu den Vulnerabelsten im Land gehören. Es geht um die Kinder, die in die Schweiz geflüchtet oder migriert sind, allein oder mit ihren Eltern, um geflüchtete Jugendliche ohne Begleitung, Kinder in Aufnahme- und Nothilfzentren, Kinder von Sans-Papiers.

### Alte Tradition

Walter Leimgruber, Professor der Kulturwissenschaft, stellt in seinem Beitrag dar, dass die Missachtung des Wohls von Kindern aus unerwünschten Gruppen in der Schweiz eine lange Geschichte hat. Betroffen waren Kinder von Jenischen und von Armen, versteckte und fremdplatzierte Saisonkinder, Kinder von Sans-Papiers. Diese Kinder wurden von den Familien getrennt, Zwangsmassnahmen unterworfen und materiell schlecht versorgt. Die Kinderrechte wurden demnach in der Schweiz immer wieder strukturell missachtet. Die Öffentlichkeit schaute lange weg. Die Folgen der kinderfeindlichen Politik wirken bei den Betroffenen ihr ganzes Leben lang und bis in die nächsten Generationen nach.

### Nothilfe-Camps aus Perspektive der Kinder

Patricia Lannen und Raquel Paz Castro fassen die neue Studie des Marie-Meierhofer-Instituts-für-das-Kind zusammen. Die Studie beschreibt, wie Kinder die Situation der Nothilfe erleben (es handelt sich um die Kinder von abgewiesenen Asylsuchenden). Die Nothilfe-Camps, auch Rückkehrzentren genannt, sind ein hochprekärer Umfeld für Kinder. Das Wohl, die Gesundheit und die Entwicklung der hier lebenden Kinder sind gefährdet. Verbesserungen der Lebensumstände dieser Kinder sind aus entwicklungspsychologischer Sicht dringend nötig. Cesla Amarelle und Nesa Zimmermann von der Universität Neuenburg stellen das neue Rechtsgutachten vor. Es kommt ohne Wenn und Aber zum Schluss, dass weder die geltenden Gesetze noch die Gerichte die Kinderrechte der Kinder, die in Nothilfe leben, gewährleisten.

### Politisch gewollte Zermürbung

Simone Marti, Forscherin an der PH Bern, beschreibt die Rückkehrzentren (RKZ) als ein politisch gewolltes System der Zermürbung von Menschen, deren Asylgesuch abgewiesen wurde, von dem auch Kinder nicht ausgenommen werden: «Sie [die RKZ] werden auch als unvereinbar mit der UNO-Kinderrechtskonvention bezeichnet. Trotzdem leben derzeit rund 700 Kinder und Jugendliche in diesen Zentren, die auch als Nothilfelager bezeichnet werden können. Die Kinder leiden unter dem Leben im Lager, das von Isolation, beengten Verhältnissen

ohne Privatsphäre und von Perspektivlosigkeit geprägt ist.»

Die Rechtsprofessorin Marina Caroni führt aus, dass das Recht auf Partizipation der Kinder im Asylverfahren kaum gewährleistet wird. Andrea Barbara Hartmann von der ZHAW behandelt das Phänomen der verschwundenen, der «untergetauchten» Flüchtlingskinder. Stéphane Laederich von der Roma Foundation analysiert den aktuellen Zuzug von Menschen aus Transkarpatien (Region der Ukraine). Er mahnt zur Vorsicht bezüglich Stereotypisierungen, denn die Probleme seien nicht als «Roma-Problem» zu deuten, sondern als soziales Problem der Armut und der Ausgrenzung.

### Wichtiges Engagement von NGOs

Weitere Artikel behandeln pädagogische und sozialpädagogische Ansätze in der Begleitung und Bildung von MNA und andern jungen Geflüchteten. Engere Begleitung und umfassende Bildungsangebote (mehr als nur Deutsch) sind die Devise. Dieter Kläy vom Schweizerischen Gewerbeverband rühmt zurecht das Brückenangebot der Integrationsvorlehre als gute Integrationsleistung des Gewerbes, unterstützt durch den Bund und die Kantone. Unklar bleibt, warum der Gewerbeverband und die mit ihm verbündeten bürgerlichen Parteien andere Investitionen in die Bildung von Geflüchteten in den Parlamenten oft ablehnen.

Verschiedene Artikel zeigen die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft für das Willkommenheissen und Begleiten von jungen Geflüchteten auf. Das Engagement von NGOs ist wichtig, solange das staatliche Angebot noch viele Lücken hat. Am Schluss des Heftes finden sich Steckbriefe von zwölf zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für das Wohl und die Rechte dieser Kinder einsetzen.

### Politische Handlungsmöglichkeiten?

Etwas zu kurz kommt die Analyse der politischen Handlungsmöglichkeiten. Karin Berger-Sturm, Grossrätin im Kanton Bern, stellt exemplarisch dar, mit welchen Vorstössen im Berner Grossrat auf politischer Ebene versucht wird, Verbesserungen für die Rechte von Kindern – bezüglich unzumutbarer Unterbringung in RKZ und bezüglich Berufslehre bis zu einem Abschluss für Abgewiesene – zu erreichen. Die Vorstösse bezwecken sowohl eine bessere Gesetzgebung als auch eine kinderfreundliche Umsetzung der bestehenden Gesetze. Die Frage, warum sich in der Schweiz heute so schwer eine politische Mehrheit für die Rechte der Kinder im Asylwesen finden lässt, wird jedoch nicht untersucht. Das besser zu verstehen, wäre wichtig, um politische Blockaden zu überwinden.

**«Wir brauchen darum Verbesserungen in der Asylfürsorge und Chancengerechtigkeit für alle Kinder, auch für jene mit Migrations- oder Fluchtgeschichte. Wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, ihre Talente zu verschwenden.»**

### Schutz und Partizipation

Zusammenfassend: Das Heft behandelt das Thema «Bewegte Kindheiten: Gefährdung und Ermächtigung» mit erhellenden Analysen in vielen Facetten – historischen und aktuellen, entwicklungspsychologischen, psychosozialen, pädagogischen und juristischen. Schlussfolgerungen, Lösungsansätze und politische Forderungen werden begründet und mit aktueller Forschung belegt. Die Lektüre des Hefts ist zu empfehlen.

Für ein Fazit sei Nicolas Galladé, Stadtrat von Winterthur und Vertreter der Städteinitiative, zitiert: «Ihre Talente [der Kinder von Geflüchteten] sind unsere Zukunft. Wenn wir wollen, dass Kinder ihre Talente entfalten, brauchen sie eine sichere Existenz, frühe Förderung, formale und non-formale Bildung und nicht zuletzt: Partizipation.

Wir brauchen darum Verbesserungen in der Asylfürsorge und Chancengerechtigkeit für alle Kinder, auch für jene mit Migrations- oder Fluchtgeschichte. Wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, ihre Talente zu verschwenden.» Und die EKM schreibt: «Ziel ist es, dass alle Kinder und Jugendlichen in der Schweiz Schutz erfahren, Ermächtigung erleben und neue Perspektiven gewinnen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.» ■

**Markus Truniger** ist Fachexperte für Schule und Migration. Neben seinem langfristigen Engagement im VPOD ist er derzeit unter anderem in der Kampagne «Bildung für alle – jetzt!» aktiv.

# Von Ohrfeigen, Tatzten und Kopfnüssen

Für seine Dissertation «Körperliche Züchtigungen an der Zürcher Volksschule von 1945 bis 1985» suchte Stefan Bartholet im Stadtarchiv Zürich nach aussagekräftigen Protokollen. Seine «Funde» dokumentieren die Strafpraxis an den Schulen und wie diese in der Politik diskutiert wurde. Bartholet zeigt auf, wie mit Gesetzen und Übertretungen umgegangen wurde. Er stützt sich unter anderem auf die Erinnerungen von tausend direkt betroffenen Personen an ihre Bestrafungen in der Schulzeit.

Von Susanne Beck Burg



## Von Ohrfeigen, Tatzten und Kopfnüssen.

Körperliche Züchtigungen an der Zürcher Volksschule von 1945 bis 1985.

Chronos Verlag Zürich, 2024. 512 Seiten, circa Fr. 68.– / E-Book gratis als PDF zum Herunterladen verfügbar.

einem andern Mädchen, das behauptete, es gehöre ihm, nicht übergeben wollte.

Solche brutalen Szenen waren noch im 20. Jahrhundert keine Seltenheit. Es sind sogar Züchtigungen an Schulen dokumentiert, deren Gewalt Risse in Trommelfellen und andere gravierende Körperverletzungen bewirkten.

## Gesellschaftliche Akzeptanz

Einzelne Stimmen deklarierten die Körperstrafen stets als unzulässig: Schon im antiken Griechenland, wo die Erziehungsmethoden «spartanisch» waren, hatte Aquilinus (34 n.Chr.) die Erkenntnis, dass mit Schlägen in der Erziehung nichts zu erreichen sei. Wie können Kinder einen feinen, differenzierten Umgang mit ihren Mitmenschen lernen, wenn sie von ihren Lehrpersonen grob behandelt werden? «Vermeiden Sie unbedingt jede körperliche Strafe! – Es geht auch anders, nur braucht es etwas mehr Geduld, Überlegung und Selbstbeherrschung». Diesen Rat gab die schwedische Reformpädagogin Ellen Key ihren jungen Kolleginnen um 1900. Prügel seien ebenso erniedrigend

für den, der sie austeilt, wie für den, der sie empfängt. Die Anwendung von Schlägen demoralisiert und verdummt den Erzieher, weil sie seine Gedankenlosigkeit steigert, nicht seine Geduld, seine Brutalität, nicht seine Intelligenz».

In der Schweiz wurde aber noch im 20. Jahrhundert körperliche Züchtigung als Erziehungsmethode von der grossen Mehrheit verteidigt, obwohl sie verfassungswidrig war und in Lehrbüchern der Lehrpersonenbildung abgelehnt wurde.

## Verfassungswidrig

«Körperliche Strafen sind untersagt» – so lautete Artikel 65 Abs. 2 der 1874 total revidierten Bundesverfassung. – Die Gerichte setzten das neue Gesetz um, das heisst, die Richter stoppten Bestrafungen mit Ruten- schlägen. In den Strafanstalten wurde das Verbot unterschiedlich ernst genommen. Die Volksschulen hingegen setzten sich darüber hinweg und verankerten sogar das Züchtigungsrecht in ihren Schulverordnungen.

Für die allgemeine Akzeptanz von körperlicher Züchtigung wurden Bedingungen formuliert:

- Körperstrafen dürfen nur in Ausnahmefällen angewendet werden
- eine Lehrperson darf nicht im Zorn züchtigen
- das sittliche Wohl des Kindes oder des Jugendlichen müsse gewährleistet bleiben
- die physische, seelische und geistige Gesundheit dürfe nicht gefährdet werden

Föderalistisch stellten die einzelnen Kantone ihre spezifischen Regelungen auf. Im Kanton Basel durften «nur» die Knaben körperlich gezüchtigt werden, im Kanton Freiburg war «nur» das Knien als Strafmassnahme erlaubt, im Kanton Schwyz waren Tatzten mit Mass toleriert, im Kanton Zug gestattete man Schläge «nur» auf die inneren Handflächen und verbot Ohrfeigen und Kopfnüsse.

Ein Grundtenor im damaligen pädagogischen Aberglauben bestand darin, dass für gewisse Schülertypen körperliche Züchtigung notwendig sei. Die Kantone Neuenburg, Wallis, Genf und Tessin verhielten sich dagegen fortschrittlich. Sie verboten die Körperstrafen lange vor dem allgemeinen Verbot.

## Prügel in Zürcher Schulen

Der Kanton Zürich verfolgte besonders «straffreundliche» Methoden. Bartholet erforschte anhand vieler Protokolle aus dem Stadtarchiv Zürich politisch kontroverse Debatten. Viele Personen seiner Umfrage haben ihre Schulzeit im Kanton Zürich verbracht. 1945 erliess der Zürcher Kantonsrat ein Verbot für schwere Körperstrafen.

«Als ich meine Hände nun schützend vors Gesicht hielt, befahl mir die Lehrerin, sie herunterzunehmen. Ich gehorchte und kriegte so ungeschützt zwei, drei weitere Ohrfeigen. Auf dem Weg zurück ins eigene Klassenzimmer brannten meine Backen sehr, denn die Ohrfeigen waren mit Kraft geschlagen. Der Vorgang tat mir weh, auch innerlich, denn ich war mir keiner Schuld bewusst.» – Es handelte sich hier um eine Strafe für ein Fünf-Rappenstück, das das Mädchen auf dem Pausenhof fand und

Folglich stellte sich die Frage nach der Meldepflicht und der Ahndung mit Disziplinarverfahren im Übertretungsfall. «Verdächtigten», angeklagten Lehrpersonen wurde ein Vikar im Unterricht zugeteilt oder sie wurden in ein anderes Schulhaus versetzt. In gravierenden Fällen wurde einer Lehrperson ein Arzzeugnis oder ein psychiatrisches Gutachten ausgestellt, das eine Frühpensionierung erlaubte. Der Erziehungsdirektor Robert Briner war gegen die körperliche Züchtigung, wollte aber einen gewissen Schutz für die Lehrpersonen aufrechterhalten und war deshalb gegen ein Verbot für leichte Körperstrafen. Unklar geblieben ist, wie viele Schülerinnen und Schüler es nicht wagten, daheim zu melden, wenn sie körperlich geächtigt wurden. Sie hatten Angst von ihren Eltern auch noch eine Tracht Prügel zu erhalten.

### Politische Auseinandersetzungen

Curt Signer (SP, ehemaliger Vorsitzender des Jugendamtes) wehrte sich gegen die Prügelpädagogik. Er wies 1976 ausführlich drauf hin, dass Körperstrafen neben möglichen physischen Schädigungen psychische Folgen haben. Auch machte er drauf aufmerksam, dass die Schulpsychologen und der psychiatrische Dienst ambulante Hilfen zur Verfügung stellten. Zum Postulat Curt Signers nahm der Erziehungsdirektor Alfred Gilgen (1971-95) Stellung. Das Züchtigungsrecht entspreche nicht mehr in allen Punkten den neusten pädagogischen Erkenntnissen. Unverantwortbar starke Körperstrafen hätten aber stark abgenommen. Wenn eine Lehrperson ihre Strafbefugnis überschreite, seien die Behörden von Gemeinden, Bezirk und Kanton nach wie vor bereit und in der Lage, diese zur Rechenschaft zu ziehen. Alfred Gilgen hielt fest, dass die Körperstrafe verpönt und im Allgemeinen abzulehnen sei. Aus folgenden Gründen:

- Es liegt im Wesen der Körperstrafe, dass sie den Schüler in den allermeisten Fällen beleidigen muss, was das Selbstvertrauen schwächt.
- Die körperliche Züchtigung eines Schülers kann bei den Mitschülern Schadenfreude oder aber seelische Qualen auslösen.

Doch vertrat Alfred Gilgen die Meinung, dass eine Körperstrafe im richtigen Augenblick, am richtigen Ort und in einer vertretbaren Form die einzig angebrachte Massnahme sein könne. In diesem Sinne unterstützte er die Haltung des Regierungsrates, dass eine Neuregelung der Disziplinarbestimmungen bei der Revision des Volksschulgesetzes zwar nötig, dass aber ein generelles Verbot der Körperstrafe nicht am Platze sei.

Unter den Gegnern dieser Ansicht waren z.B. Heidi von Rechenberg (SP). Sie betonte, dass es für Körperstrafen keine Rechtfertigung gebe.

Selma Gessner (SP) wies auf die entsetzlichen Ängste, die ein Kind auszustehen hätte, wenn es Prügel zu erwarten hätte. In Bertholets Forschungen kommen Befürworter:innen und Gegner:innen der körperlichen Züchtigung mit ihren spezifischen Argumenten in historisch einmalig umfassender Sammlung zur Darstellung.

### Zunehmende Sensibilisierung

In den 1980er Jahren nahm die Meinung stetig zu, dass das Verbot körperlicher Strafen gemäss Bundesverfassung auch die Lehrpersonen einbeziehe. Zusehends mehr Menschen erkannten die Unvereinbarkeit von körperlicher Züchtigung mit den Grundrechten des Menschen, mit dem Recht auf Freiheit, mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, mit dem Recht auf Gesundheit.

Die Überzeugung, dass körperliche Züchtigung den Kernbereich der persönlichen Freiheit verletze, nahm zu. Es gab immer mehr Veröffentlichungen zum Thema Menschenrecht und Menschenwürde (z.B. Karl Eckstein, Alain Griffel). Auch kleinere körperliche Strafmassnahmen wurden zunehmend kritischer beurteilt. Aber dennoch wurden sie, wenn ein gewisses Mass nicht überschritten wurde, noch toleriert. Die Gerichte und Behörden schalteten und walteten unterschiedlich. So urteilte beispielsweise das Bundesgericht 1963, dass ein Hausverwalter, der einem Kinde eine Ohrfeige verpasste, keine Tötlichkeit verübt hätte.

Nach heutigem Verständnis sind Schulstrafen wie Ohrfeigen oder Taten grundsätzlich den Tötlichkeiten zuzuordnen. Im Volksschulgesetz Zürich trat das Verbot körperlicher Strafen erst 1985 in Kraft.

### Menschen- und Kinderrechte

Stefan Bartholet untersucht auch das schweizerische Strafverhalten gegenüber internationalen Rechten. Die Schweiz hat in den letzten Jahrzehnten verschiedene internationale Verträge ratifiziert, welche die Rechte der Menschen im Allgemeinen sowie die Rechte der Kinder im Besonderen schützen und stärken wollen.

Obwohl völkerrechtliche Verträge jedoch als verbindlich gelten sollten, wurden diese zum Teil nur als Leitgedanken beachtet. Die als besonders wichtig zu erachtende Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), welche am 4. November 1950 in Rom unterzeichnet wurde und bald darauf für die ersten Staaten in Kraft trat, wurde von der Schweiz erst im Jahr 1974 ratifiziert. Mit der Ratifizierung der Kinderrechtskonvention (Ergänzung der EMRK) zögert der Bundesrat noch immer, worauf der Verein gewaltfreie Erziehung immer wieder hinweist. Auch erleiden viele Kinder in der Schweiz noch immer Gewalt im Elternhaus.

Seit der Ratifizierung der EMRK 1974 kann jeder Bewohner und jede Bewohnerin der Schweiz – nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges – eine Beschwerde wegen einer allfälligen Konventionsverletzung bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Strassburg einlegen und gelangt damit an das Ministerkomitee

## «Im Volksschulgesetz Zürich trat das Verbot körperlicher Strafen erst 1985 in Kraft.»

des Europarates oder an den Europäischen Gerichtshof. Der Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskommission (EMRK) beinhaltet, dass niemand «der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung» unterworfen werden darf.

### Psychische Gewalt

Wie steht es mit unmenschlichen und erniedrigenden Strafen und Behandlungen auf der seelisch-psychischen Ebene in unserer Volksschule? Die Regale in den Bibliotheken würden sich wohl füllen, würde diese umfassende Frage mit der wissenschaftlichen Genauigkeit von Stefan Bartholet erforscht.

Wo kann gewaltfreie Kommunikation gelernt werden, wenn nicht in der Schule? Aus den historischen Forschungen von Stefan Bartholet zum Problemfeld «körperliche Züchtigung» können Erkenntnisse gewonnen werden zur Beleuchtung und Aufschlüsselung gegenwärtiger Herausforderungen. In den heutigen Schulstuben der Schweiz ist zwar die körperliche Gewalt ausgemerzt, die psychische Gewalt jedoch noch lange nicht. ■

Viele Jahre swichtete **Susanne Beck Burg** zwischen ihren beiden Berufen als Töpferin und Lehrerin hin und her. Seit ihrer Pensionierung als IF-Lehrkraft in der Stadt Biel widmet sie sich der Töpferei und ihren Enkel:innen.



# Gewalt an Lehr- und Bildungsfachpersonen

Am 1. März fand in Basel das 4. Bildungsforum statt, bei dem das Thema «Gewalt gegen Lehr- und Fachpersonen» im Fokus stand. Beat Schwendimann, Leiter Pädagogik beim LCH (Lehrerverband Deutschschweiz), präsentierte die Ergebnisse einer eigens in Auftrag gegebenen Studie zu genau diesem Thema.

**D**ass Gewalt ein Thema unter den Lehrpersonen ist, wird auch dadurch deutlich, dass uns von einigen bereits im Vorfeld des Forums Gewalt Erfahrungen an Schulen geschildert wurden. Die genannten Beispiele dürften vielen Lehr- und Bildungsfachpersonen in der Schweiz vertraut sein. Für uns sind die zentralen Fragen, welchen Handlungsbedarf es genau gibt und was wir als Gewerkschaft tun können.

## Kontext und Ergebnisse der Studie

Gewalt im schulischen Kontext ist kein neues Phänomen. Doch erst durch Studien und politische Debatten in Deutschland und dann Österreich wurde das Thema auch in der Schweiz aufgegriffen. Hierzulande gab es zwar einige Schlagzeilen – etwa von Lehrpersonen, die gebissen wurden –, doch Zahlen wie oft Lehr- und Fachpersonen von Gewalt betroffen waren, fehlten bisher. Der LCH stellte fest, dass Gewalt gegen Lehr- und Bildungsfachpersonen in der Schweiz uneinheitlich erfasst wird. Viele Kantone erheben keine systematischen Daten, und für die

Deutschschweiz gab es bisher keine verlässlichen Zahlen. Deshalb initiierte der LCH eine breit angelegte Untersuchung, basierend auf einer Definition von Gewalt, die physische, psychische und sexuelle Gewalt sowie Angriffe auf Eigentum umfasst.<sup>1</sup> Die Ergebnisse zeigen: Gewalt an Lehrpersonen ist weit verbreitet, auch wenn extreme Formen wie körperliche Angriffe selten sind.

Von den rund 100000 Lehrpersonen in der Deutschschweiz wurden 50000 angeschrieben, 6800 antworteten. Die Ergebnisse sprechen eine deutliche Sprache: Zwei von drei Lehrpersonen haben in den letzten fünf Jahren mindestens eine Form von Gewalt erfahren. Rund 35 Prozent berichteten von ein bis zwei Vorfällen, 21 Prozent von drei bis vier Gewalt Erfahrungen, und elf Prozent gaben an, fünf oder mehr Vorfälle erlebt zu haben.

Die Gewalt geht dabei von unterschiedlichen Gruppen aus. Besonders häufig sind Beleidigungen und Beschimpfungen durch Erziehungsberechtigte. Schüler:innen stellen die zweithäufigste Gruppe dar, ebenfalls vor allem durch verbale Angriffe. Mobbing durch Kolleg:innen





kommt zwar seltener vor, ist aber besonders belastend für die Betroffenen und hat oft langfristige Nachwirkungen. Viele Lehrpersonen berichten von einem Mangel an Unterstützung durch die Schulleitung, was zu längeren Krankheitsausfällen oder Schulwechsellern führen kann.

Die Studie zeigte auch, dass sich Gewalt über alle Schulformen und Personengruppen hinweg verteilt – ob Land oder Stadt, kleine oder grosse Schulen, Frauen oder Männer, jung oder alt.

### Welche Massnahmen braucht es?

Auf diesen Ergebnissen basierend erstellte der LCH einen Forderungskatalog für eine gewaltfreie Schule, gefordert werden unter anderem:

- Unabhängige Ombudsstellen: Lehr- und Fachpersonen brauchen Beratungs- und Unterstützungsstellen, die niederschwellig erreichbar und in der gesamten Schulgemeinschaft bekannt sind. Der Kanton Aargau beispielsweise hat gar keine Ombudsstelle – hier besteht ein klarer Handlungsbedarf.
- Transparente Interventions- und Krisenkonzepte: Schulen sollten Massnahmenkataloge etablieren, die Eskalationsstufen klar definieren und sicherstellen, dass betroffene Lehrpersonen wissen, an wen sie sich wenden können. Dies sollte als Teil des betrieblichen Gesundheitsmanagements verankert werden.
- Unterstützung durch Schulleitungen: Zeitgefässe für Austausch, Weiterbildung und Sensibilisierung für das Thema Gewalt müssen institutionell verankert werden.
- Gewaltfreies Schulklima: Ein gemeinsamer Einsatz von Lehrpersonen, Eltern und Schüler:innen für ein konstruktives Schulklima ist essenziell.
- Gewaltprävention in der Aus- und Weiterbildung: Präventionsarbeit sollte ein fester Bestandteil der Lehrpersonenbildung sein.
- Statistische Erfassung und Evaluation: Regelmässige Erhebungen alle fünf Jahre sind notwendig, um Entwicklungen zu beobachten und Handlungsfelder zu identifizieren.

### Mehr Ressourcen!

Die Forderungen des Berufsverbandes LCH unterstützen wir. Wir dürfen bei diesen jedoch nicht stehenbleiben. Um Gewalt zu reduzieren, müssen wir unsere Aufgabe als Gewerkschaft erfüllen, die Arbeitsbedingungen von Lehr- und Fachpersonen grundlegend zu verbessern. Vanessa Käser König, stellvertretende VPOD-Präsidentin, formulierte dies bereits in der bildungspolitik 230:

«Auch für den vpod ist klar: Jeder Fall von Aggressivität ist einer zu viel, aber Ursachen gilt es gesamtgesellschaftlich zu diskutieren. Für mehr Ressourcen an den Schulen müssen sich auch die Gewerkschaften und Personalverbände einsetzen. Mehr Ressourcen wäre die wichtigste Gelingsbedingung, damit die Schule ein gewalt- und angstfreier Raum sein kann – für alle dort lernenden, lehrenden und teilhabenden Personen, für Kinder, ihre Betreuenden, Eltern und alle Angestellten. Ob weitere Konzepte, Aus- und Weiterbildungsangebote an pädagogischen Hochschulen eine friedvollere Kultur an Schulen schaffen können, bleibt offen.

Es erscheint aus gewerkschaftlicher Sicht notwendig, die beiden Faktoren «Zeit» und «Ressourcen» in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext zu stellen und über

den politischen Weg zu erreichen, dass alle Angestellten im Bildungs- und Betreuungsbereich hinsichtlich ihres Berufsauftrags endlich konkret entlastet werden. Nur wenn diese ausreichend Zeit für ihre Arbeit erhalten und die Schulen eine adäquate Infrastruktur haben mit gesunden Mitarbeitenden, kleineren Klassen und ausreichend qualifiziertem Personal, kann die Schule ein gewaltfreier Ort sein, an dem Bildung im Mittelpunkt steht.»<sup>2</sup>

### Gewaltfreie Schulen

In Neuchâtel hat unlängst der VPOD eine Petition für eine gewaltfreie Schule lanciert. Sie fordert eine Meldestelle, die Unterstützung für Betroffene bietet und genügend Ressourcen zur Verfügung stellt. Gleichzeitig sollen Konzepte zur Gewaltprävention unter Schüler:innen, an Lehr- und Fachpersonen entwickelt werden – immer unter Einbezug von Schülerinnen, Erziehungsberechtigten und Lehrpersonen. Die Petition unterstreicht die Notwendigkeit, dass Schulen in akuten Situationen schnell und nachhaltig reagieren und langfristig eine gewaltfreie Umgebung schaffen können.

### Gewaltfreies Bildungssystem und gewaltfreie Gesellschaft

Als Gewerkschaft müssen wir uns dafür einsetzen, dass jede Schule über die notwendigen Ressourcen verfügt, um Gewalt vorzubeugen und Betroffene zu unterstützen. Mobilisierung kann durch konkrete Konflikte entstehen – auch im Schulkontext, wo die Arbeitsbedingungen oft kantonal oder auf Gemeindeebene geregelt sind

Gewalt ist jedoch nicht, wie oft angenommen, auf sogenannte «soziale Brennpunkte» beschränkt. Gewalt ist auch ein strukturelles Problem, das nur durch klare Konzepte, ausreichende Mittel, genügend Weiterbildungen und politisches Engagement gelöst werden kann. Die Diskussion am Bildungsforum zeigte auch, dass vielen Lehrpersonen sehr bewusst ist, dass auch die Schule als Institution Gewalt auf Schüler:innen und Lehrpersonen ausübt. Als Beispiel wurde die Förderklasseninitiative in Basel genannt, die dazu geführt hat, dass über so genannte «Förderklassen» strukturelle Gewalt ausgeübt wird, die die Lebenschancen der betroffenen Schüler:innen reduziert.

Gewalt ist nicht nur ein Problem der Schulen. Es liegt an uns als Gewerkschaft für den Service public, die richtigen Fragen zu stellen und die notwendigen Veränderungen anzustossen. Denn eine wirklich gewaltfreie Schule ist nur möglich in einem gewaltfreien Bildungssystem und einer gewaltfreien Gesellschaft. ■

Text: **Sina Deiss**, Regionalsekretärin VPOD Basel

<sup>1</sup> Die Studie kann heruntergeladen werden unter: [www.lch.ch/fileadmin/user\\_upload\\_lch/Aktuell/Medienkonferenzen/Januar\\_2023/06\\_Vollversion\\_LCH\\_Studie\\_Gewalterfahrung\\_2022.pdf](http://www.lch.ch/fileadmin/user_upload_lch/Aktuell/Medienkonferenzen/Januar_2023/06_Vollversion_LCH_Studie_Gewalterfahrung_2022.pdf)

<sup>2</sup> Vanessa Käser König: «Gewalt gegen Lehrpersonen. Eine Replik zur LCH-Studie». vpod bildungspolitik 230, S. 28.

# Ein freisinniger Politiker von Format

**Dick Marty starb am 28. Dezember 2023 im Alter von 78 Jahren. In seinem letzten Buch findet sich der Tessiner Freisinnige unter Personenschutz wieder und stellt sich Fragen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dabei gibt er wichtige Denkanstösse über seinen Tod hinaus.**

Von Martin Stohler

Als Dick Marty seine «Furchtlosen Wahrheiten» niederschrieb, konnte er aus einem reichen politischen Erfahrungsschatz schöpfen. Erworben hatte er diesen in unterschiedlichen Positionen: als Tessiner Staatsanwalt, als Vorsteher des Tessiner Finanzdepartements, als Ständerat (1995–2011) und als Abgeordneter des Europarats (1998–2011) sowie als Mitglied der OSZE-Kommission für Menschenrechte. 2005 beauftragte ihn der Europarat, die vermuteten geheimen Gefangenentransporte und Gefängnisse der CIA in Europa zu untersuchen. In zwei im Juni 2006 und 2007 vorgelegten Berichten warf er mehreren europäischen Ländern vor, die Augen vor den illegalen Aktivitäten der USA zu verschliessen, und bezeichnete die Existenz von Geheimgefängnissen der CIA in Polen und Rumänien als erwiesen.

## Eine «ernste und unmittelbare Gefahr»

Ebenfalls für den Europarat führte Marty Ermittlungen gegen Hashim Thaçi und weitere Führer der kosovarischen Befreiungsarmee UÇK wegen Kriegsverbrechen während und kurz nach dem Kosovokrieg durch. Der Bericht wirbelte einigen Staub auf, weil darin der UÇK auch Handel mit Organen von Gefangenen vorgeworfen wurde. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats nahm den Bericht im Januar 2011 entgegen und verlangte eine eingehende Untersuchung der Vorfälle. Im April 2023 begann gegen Thaçi und drei Mitangeklagte ein Prozess wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor dem Kosovo-Spezialgericht in Den Haag. In der Anklageschrift findet sich allerdings kein Wort zum Vorwurf des Organhandels.

Für Dick Marty hatte der Kosovo-Bericht unangenehme Folgen. Eine Woche vor Weihnachten 2020 erhält er einen Anruf des Kommandanten der Kantonspolizei. Dieser

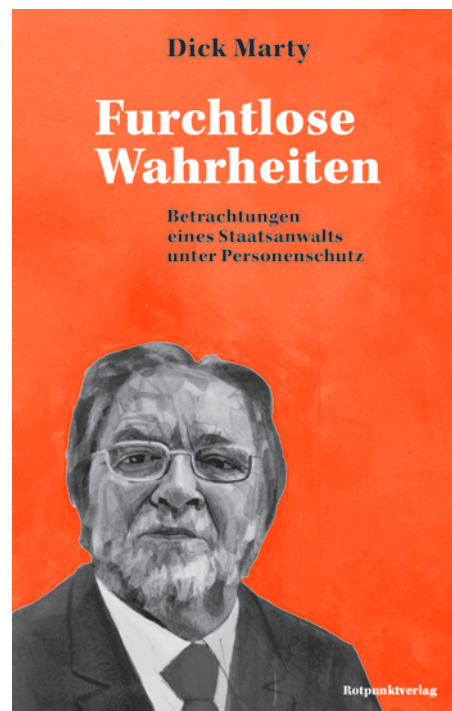
teilt ihm mit, dass er «wegen einer ernsten und unmittelbaren Gefahr sofort unter Personenschutz gestellt werden» müsse.

Zuvor war es im Kosovo und in Albanien zu einer Medienkampagne gegen Marty gekommen: Marty habe in seinem Bericht die Unwahrheit geschrieben, er sei der Architekt eines perversen Komplotts. Ähnlich hatte sich auch der albanische Premierminister geäussert. Die Bedrohung, die über Monate einen intensiven Personenschutz notwendig machte, ging allerdings nicht von albanischer oder kosovarischer Seite aus, sondern von einer «Gruppe nationalistischer und radikalierter Kriminellen, Serben, die wahrscheinlich Rückendeckung bei Polizei und Geheimdiensten» hatten. Diese wollten «den Berichtstatter des Europarats ermorden, der die Eröffnung eines internationalen Strafverfahrens wegen Kriegsverbrechen gegen den Präsidenten des Kosovo und einige wichtige Vertreter der UÇK-Führung initiiert hat. Nach den wiederholten Anschuldigungen des albanischen Premierministers würde jeder denken, dass die Schuldigen einer solchen Tat nur aus Kreisen kommen können, die den angeklagten Kosovaren sehr nahestehen und damit ihre Position weiter kompromittieren.»

Obwohl es sich bei der geplanten Ermordung Martys um ein politisch motiviertes Verbrechen handelt, gingen die Bundesbehörden – sieht man einmal vom Personenschutz ab – höchst zögerlich vor, um das Komplott auf politischer Ebene zu stoppen.

## Wunde Stellen unserer Demokratie

Dick Martys «Betrachtungen» sind in jenen Monaten entstanden, als er unter ständigem Personenschutz stand. In ihnen blickt er auf seinen politischen Werdegang zurück und kommt auf seine Tätigkeit für den Europarat und seinen Einsatz für Menschenrechte und



Dick Marty: Furchtlose Wahrheiten – Betrachtungen eines Staatsanwalts unter Personenschutz. Rotpunkt Verlag, Zürich 2024. 207 Seiten, circa Fr. 25.–

Rechtsstaat zu sprechen, wozu auch die Unterstützung der Konzernverantwortungsinitiative gehörte. Dabei legt er den Finger auch auf wunde Stellen unserer Demokratie wie etwa das Fehlen eines Verfassungsgerichts. Auch dort, wo er keine fertigen Lösungen anbietet wie bei der Frage der Schweizer Neutralität, erweist er sich als jemand, mit dem man gerne weiterdiskutieren würde.

Dick Martys Buch bietet eine ansprechende Mischung aus Erlebtem, Geschehnissen und Betrachtungen. Eingeflochten sind auch Überlegungen zu Ereignissen wie dem Sturm auf aufs Capitol, den russischen Überfall auf die Ukraine oder zum Ende der CS.

Ich habe das Buch mit grossem Gewinn gelesen und vieles über die Schweiz und ihre Beziehungen zu Europa gelernt. Dick Marty war ein eindrücklicher Mensch und Politiker. Schade, dass die Spezies, zu der er gehörte, in der FDP leider am Aussterben ist. ■



# Für eine Schule jenseits von Klasse und Stand

Der VSoS lancierte in Zürich und Bern eine Volksinitiative für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I. **Von Hanspeter Stalder**

**D**er Verein Volksschule ohne Selektion (VSoS) lancierte am 7. Februar 2025 kantonale Initiativen in Zürich und Bern für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I. Damit soll die Volksschule in diesen Kantonen endlich selektionsfrei werden.

## Therapeutisch nicht zweckmässig

Stellen Sie sich vor, die Selektion wäre eine medizinische Therapie, die über mehrere Jahre angewendet werden soll, um Kinder zu stärken. Bevor diese Therapie eingeführt werden könnte, müssten die verantwortlichen Zulassungsbehörden wissenschaftliche Nachweise zu ihrer Wirksamkeit und möglichen Nebenwirkungen prüfen. Doch die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeichnen ein ernüchterndes Bild: Es gibt keinen einzigen Beleg für eine positive Wirkung der

Selektion. Stattdessen existieren unzählige Studien, die auf teils lebenslange negative Folgen für einen grossen Teil der Kinder hinweisen. Unter diesen Voraussetzungen würde heute keine Zulassungsbehörde eine solche Therapie genehmigen – und das völlig zu Recht!

## Fehlende wissenschaftliche Fundierung

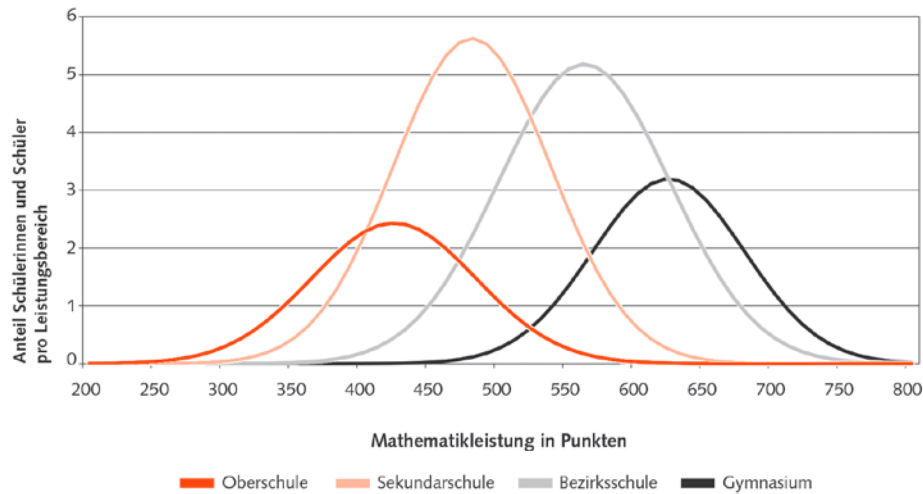
Die schulische Selektion wurde im 19. Jahrhundert in einer Gesellschaft eingeführt, die stark durch soziale Stände geprägt war. Kinder aus Bauern- und Arbeiterfamilien besuchten die Realschule, während Bürgerkinder in die Sekundarschule gingen. Das Einzige, was heute noch für die Selektion spricht, ist ihre lange Tradition sowie Strukturen, die sich über die Jahrhunderte hinweg erhalten haben. Der Bildungssoziologe Rolf Becker bringt es treffend auf den Punkt: «Wir



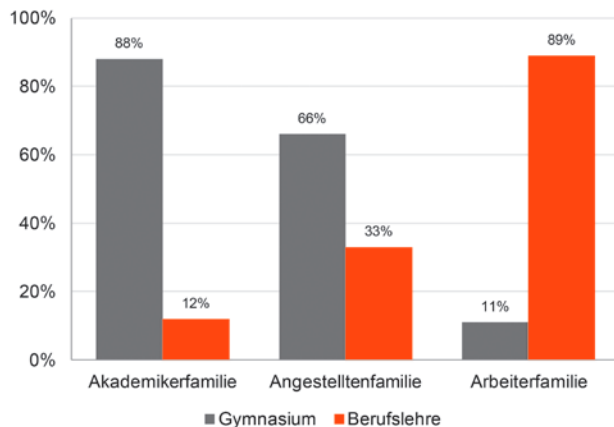
Die Selektion vor dem Übertritt in die Sek 1 belastet Kinder, Eltern und Lehrpersonen und nützt erwiesenermassen niemandem. Schaffen wir diese unnötige Selektionshürde ab und suchen wir nach Wegen, das Potenzial unserer Kinder wirksam zu fördern.

**Simone Leuenberger, Gymnasiallehrerin für Wirtschaft und Recht, EVP-Grossrätin**

**Abbildung 1:** Leistungsüberschneidungen zwischen den vier Schultypen in Mathematik (PISA 2012: Porträt des Kantons Solothurn)



**Abbildung 2:** Bildungslaufbahnen von Frühlesenden und Frührechnenden nach sozialer Herkunft (Grundlage: Studie Frühlesen und Frührechnen als soziale Tatsachen [Stamm, 2005])



**Abbildung 3:** Regionale Einteilung nach Schultypen.

	Grund-Ansprüche	Erweiterte Ansprüche
<b>Kanton</b>		
Luzern	16	84
Wallis	44	56
Zürich	28	72
Bern	34	66
<b>Gemeinde</b>		
Ostermundigen	47	53
Muri bei Bern	23	77
<b>Bern, Stadtquartier</b>		
Kirchenfeld	17	83
Bern-Betlehem	72	28

haben eine Schule aus dem 19. Jahrhundert, es gibt keine wissenschaftliche Begründung für die Selektion.»<sup>1</sup> Es ist, als würden wir in der Medizin immer noch auf das Schröpfen oder den Aderlass als wichtigste Therapie setzen. Es ist höchste Zeit, die Selektion in der Volksschule abzuschaffen und Platz für eine zeitgemässe Bildung für unsere Kinder zu schaffen.

Die Einteilung der Schüler:innen in Leistungszüge auf der Sekundarstufe I ist in fast allen Kantonen gängige Praxis. Dabei ist seit Langem bekannt, dass diese Einteilung nicht zielführend sein kann. Bereits 1995 stellte die Pädagogische Kommission der EDK fest, dass selbst in einer viergliedrigen Sekundarstufe I Leistungsüberschneidungen zwischen dem tiefsten und höchsten Niveau unvermeidlich sind.<sup>2</sup>

Oft sind es jedoch nicht die tatsächlichen Leistungen der Kinder, sondern andere Faktoren wie der sozioökonomische Status der Eltern, der Wohnort oder die Klasse (Referenzgruppeneffekt), die für die Zuteilung

entscheidend sind. Laut dem Kinderarzt Oskar Jenni vom Kinderspital Zürich gibt es aus entwicklungspsychiatrischer Sicht kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt für die schulische Selektion als den, den wir heute praktizieren.<sup>3</sup>

**Selektion schadet**

Die negativen Auswirkungen der Selektion sind gut dokumentiert. Besonders Kinder mit Grundansprüchen leiden unter einer schlechteren Leistungsentwicklung, der Stigmatisierung, eingeschränkten Laufbahnmöglichkeiten und erschwerter Stellensuche – um nur die wichtigsten Punkte zu nennen. Darüber hinaus führt die Selektion zu sozialer Segregation, erzeugt unnötigen Stress für die Kinder und verschwendet wertvolle Ressourcen.<sup>4</sup>

Das schweizerische Bildungssystem beruht stark auf dem Glauben an die Wirksamkeit homogener Leistungsgruppen. Durch die Aufteilung der Jugendlichen in verschiedene Schultypen auf der Sekundar-

stufe I wird versucht, leistungshomogene Gruppen zu bilden. Das Ziel ist eine bessere Passung, die zu erhöhter Motivation und verbesserter Leistungsentwicklung führen soll. Diese Vorstellung setzt jedoch voraus, dass es überhaupt möglich ist, tatsächlich leistungshomogene Klassen zu bilden – eine Annahme, die sich als Trugschluss erweist.

**Reproduktion sozialer Ungleichheit**

PISA und andere Studien zeigen immer wieder, dass die leistungsstärksten Schülerinnen und Schüler aus Klassen mit Grundanforderungen problemlos mit Gymnasialklassen mithalten könnten. Gleichzeitig würden leistungsschwächere Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in Klassen mit Grundanforderungen kaum auffallen. Dieses Phänomen ist in allen untersuchten Fächern und über Jahrzehnte hinweg konstant nachweisbar (vgl. Abbildung 1).<sup>5-8</sup>

Die soziale Segregation ist ein zentrales Problem des selektiven Bildungssystems,

insbesondere beim Übertritt in die Sekundarstufe I. Die institutionelle Leistungsselektion führt nicht nur zu einer leistungsmässigen, sondern auch zu einer sozialen Aufteilung der Schüler:innen in die verschiedenen Schultypen. Das gegliederte Bildungssystem wirkt dabei vor allem sozial diskriminierend – selbst dann, wenn Fach- und Sprachkompetenzen vergleichbar sind. Langfristig kann dies negative Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben.

Eine eindrückliche Studie von Margrit Stamm belegt dieses Phänomen. 88 Prozent der Frühleser:innen und Frührechner:innen aus Akademikerfamilien besuchen später das Gymnasium, während es bei Kindern aus Arbeiterfamilien nur 11 Prozent sind.<sup>9</sup>

### Zu geringe Durchlässigkeit

Dabei geht es nicht darum, dass alle Jugendlichen ein Gymnasium besuchen sollen. Vielmehr sollten alle talentierten Jugendlichen am Ende der obligatorischen Schulzeit die Möglichkeit erhalten, eine anspruchsvolle Berufslehre oder eine allgemeinbildende Schule zu besuchen, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft (vgl. Abbildung 2, Seite 28).

Die Bildungspolitik versucht seit Jahrzehnten, die soziale Selektivität durch ein durchlässigeres Bildungssystem abzumildern. Doch die vielbeschworene Durchlässigkeit bleibt grösstenteils Theorie. Nur gerade zwei Prozent der Schüler:innen mit Grundansprüchen besuchen eine allgemeinbildende Ausbildung (Fachmittelschule oder Gymnasium), die den direkten Zugang zu Fachhochschulen oder Hochschulen ermöglicht.<sup>10</sup> Auch innerhalb der Sekundarstufe I wechseln lediglich rund sechs Prozent der Schüler:innen das Leistungsniveau – und dies häufiger nach unten als nach oben.<sup>11</sup> Ein zentrales Problem dabei ist, dass die soziale Herkunft die Durchlässigkeit stark beeinflusst: Kinder aus Akademikerfamilien wechseln selbst bei gleichen Leistungen eher in höhere Bildungsgänge.

Besonders betroffen sind Schüler:innen der Sekundarschultypen mit Grundanforderungen. Selbst bei guten Leistungen stehen ihnen oft nur Lehrberufe mit niedrigem Anforderungsniveau offen, was sie daran hindert, ihr volles Potenzial auf der Sekundarstufe II zu entfalten. Zwar gibt es einzelne

Jugendliche, die von der Durchlässigkeit profitieren – meist dank der Unterstützung engagierter Lehrpersonen oder Personen aus ihrem Umfeld sowie durch enorme persönliche Anstrengungen. Doch diese Fälle sind die Ausnahme, nicht die Regel.

### Kanton und Wohnort

Der Wohnort spielt eine entscheidende Rolle für den Bildungserfolg in der Schweiz, wie verschiedene Studien belegen. Die Auswirkungen des Wohnorts auf die Bildungschancen sind so gravierend, dass ein Umzug möglicherweise grössere Veränderungen in der Leistungsbewertung bewirken kann als erhöhte Leistungsbereitschaft oder intensives Lernen.

Besonders deutlich wird dies durch die kantonalen Unterschiede bei den Übertrittsquoten in anspruchsvollere Schultypen nach der Primarschule – aber auch durch Unterschiede zwischen Gemeinden oder sogar einzelnen Stadtquartieren (vgl. Abbildung 3).<sup>12, 13</sup> Diese Tatsache zeigt, dass die Einteilung in Leistungsniveaus oft wenig mit der tatsächlichen Leistung zu tun hat. Vielmehr scheint es, als würden Kinder durch die Selektion an regionale Ansprüche angepasst.

### Besser am Ende der Schulzeit

Der Fachkräftemangel stellt eine zentrale Herausforderung für die Schweizer Wirtschaft dar und ist eng mit dem Bildungssystem verknüpft. Prognosen zufolge werden bis 2035 in der Schweiz rund 300000 Fachkräfte fehlen. Das vorhandene Talentpotenzial reicht nicht aus, den zukünftigen Bedarf zu decken. Laut einer Studie werden jedes Jahr bis zu 14000 sozial benachteiligte Jugendliche nicht entsprechend ihres Potenzials ausgebildet. Ein Fazit dieser Untersuchung lautet: Die Selektion im Bildungssystem erfolgt zu früh. Diese frühe Selektion beeinträchtigt den Bildungs- und Berufsweg vieler Jugendlicher erheblich.<sup>14</sup>

Innovative Schulen wie die Mosaik-Sekundarschulen mit leistungs- und jahrgangsgemischten Gesamtklassen zeigen, dass es auch anders geht. Ebenso gibt es Schulen, die in leistungsgemischten Klassen unterrichten oder leistungsgemischte Stammklassen führen. Im Kanton Bern unterrichten bereits 40 Prozent der Schulen in der Sekundarstufe I in gemischten beziehungsweise mehrheitlich gemischten Klassen mit denselben Ressourcen



**Eine selektionsfreie Schule unterstützt die Schülerinnen und Schüler beim Lernen, ohne Gewinner und Verlierer zu produzieren. Es gibt genügend Studien, welche belegen, dass bis zu einem Drittel der Jugendlichen falsch selektioniert werden. Kann sich das unsere Gesellschaft leisten? Ich denke nicht.**

**Giuliano Picciati, Schulleiter Mosaikschule Munzinger**

und Lehrplänen wie Schulen, die noch nach dem traditionellen Modell aus dem 19. Jahrhundert unterrichten.<sup>15-16</sup>

Auch wenn innovative Schulen einige negative Auswirkungen wie Stigmatisierung oder soziale Segregation vermindern, bleibt der «Stempel» «Schüler:in mit Grundansprüchen» weiterhin bestehen – mit den bekannten negativen Folgen bei der Suche nach einer Lehrstelle oder dem Zugang zu weiterführenden Schulen. Doch gleichzeitig zeigt dies eindrücklich, dass die Abschaffung der Selektion heute ohne umfassende Änderungen oder tiefgreifende Reformen des Schulsystems möglich wäre.

Selektion hat durchaus ihren Platz im Bildungswesen, jedoch nicht inmitten der obligatorischen Schulzeit, sondern erst an deren Ende. Zudem sollte sie von den weiterführenden Schulen und Lehrbetrieben vorgenommen werden. Zu diesem Zeitpunkt sind die Jugendlichen reifer und sich ihrer Stärken besser bewusst. Dadurch können sie aktiv mitentscheiden, wo sie sich bewerben möchten. Als Legastheniker habe ich mich beispielsweise bewusst gegen einen Beruf entschieden, bei dem grosser Wert auf Deutsch und Französisch gelegt wird. ■

**Hanspeter Stalder** ist ehemaliger Schulkommunikationspräsident der Stadt Bern, Mitglied des Berner Komitees der VSoS-Initiative für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I und Vater von zwei erwachsenen Kindern.

1 Blick, 13.8.2024; Privilegierte Haushalte profitieren noch mehr – Das Elternhaus entscheidet über die Schulkarriere.

2 Perspektiven für die Sekundarstufe I, EDK, Pädagogische Kommission Studiengruppe Gestaltung der Sekundarstufe I, Bern 1995.

3 «Wir verschwenden so viel Potenzial», Olivia Kühni, Stiftung Mercator Schweiz, 09.10.2023, online.

4 Kantonale Initiativen für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I,

Argumentarium, 2025, online unter: [www.selektionsfrei.ch/](http://www.selektionsfrei.ch/)

5 PISA 2006: Porträt des Kantons Bern (deutschsprachiger Teil).

6 PISA 2009: Portrait des Kantons Bern.

7 PISA 2012: Porträt des Kantons Bern (deutschsprachiger Teil).

8 Chance Sek – Weiterentwicklung der Sekundarstufe der Volksschule im Kanton Zürich, 2010.

9 Arbeiterkinder an die Hochschulen! Hintergründe ihrer Aufstiegsangst, Margrit Stamm, Dossier 18/1, 2018.

10 Bundesamt für Statistik, Der Übergang am Ende der obligatorischen Schule, 2016.

11 Bildungsbericht Schweiz 2023.

12 Bundesamt für Statistik, Sekundarstufe I: Selektion, 2024.

13 Kanton Bern, Antwort des Regierungsrates, Geschäftsnummer 2022.RRGR.227

14 Studie vom Beratungsunternehmen Oliver Wyman und Allianz Chance+ «Bildungsgerechtigkeit – Chance für die Schweizer Wirtschaft», Juni 2023; online unter: [chanceplus.ch](http://chanceplus.ch)

15 Kanton Bern: 2019.ERZ.469 / 671031

16 Mosaikschulen: [www.mosaik-sekundarschulen.ch/](http://www.mosaik-sekundarschulen.ch/)



Leitspruch 4, gemeinsam entwickelt nach der Klassenlektüre von «Noah Unendlich» von Guy Bass

## Ungerecht, ineffizient und unnötig

**Selektion aus der Sicht einer Mittelstufenlehrerin.**

**Von Katrin Meier**

Die Heterogenität, die auf der Primarstufe herrscht, wird Ende der 6. Klasse mit der Selektion in die Sekundarstufe aufgegeben. Obwohl die Schüler:innen alle Halbjahre ein Zeugnis bekommen und regelmässige Beurteilungen stattfinden, entscheidet schliesslich das Zeugnis für das erste halbe Jahr der 6. Klasse über Lebenswege und Schullaufbahnen. Eigentlich nicht das Zeugnis, sondern die beiden obersten Noten: Mathematik und Deutsch. Die beiden Zahlen bestimmen, ob die Schülerin oder der Schüler in die Sek A, B oder C geht. Macht das Sinn? Eigentlich ist die Frage mit wenigen Worten beantwortet: Nein! Selektion ist ungerecht, ineffizient und unnötig, sie kostet uns Jahr für Jahr Tausende von Talenten, die wir dringendst brauchen. In meinem schulischen Alltag im 2. Zyklus erlebe ich die Auswirkungen der Selektion fast täglich.

### **Heterogenität als Chance für guten Unterricht**

Ich unterrichte an einer altersdurchmischten 3.-6. Klasse. Zum ersten Mal sind Kinder aus

dem ganzen 2. Zyklus und nicht nur aus der 4.-6. Klasse in meinem Schulzimmer vertreten und ich finde es grossartig! Jeweils nach den Sommerferien starten wir, meistens anhand eines Kinderbuches, mit dem gemeinsamen Thema, das am besten unter dem Titel «ICH – DU – WIR» zu beschreiben wäre. Wir machen uns auf die Suche nach den eigenen Stärken, Talenten und Begabungen. In jedem Kind stecken ganz viele davon! Es geht als erstes darum, diese an sich selbst zu entdecken und sie danach auch mit den anderen zu teilen. So lernen wir uns besser kennen und die Unterschiede zu akzeptieren.

Eigentlich nicht nur zu akzeptieren: in meiner altersdurchmischten Klasse ist die Heterogenität nicht nur äusserlich sichtbar, sondern wir machen sie immer wieder zum Thema und nehmen sie so auch wirklich als Chance wahr. Dabei hilft mir, dass ich in meinem Unterrichtsalltag individualisierende und gemeinschaftsbildende Bausteine einsetze. Wobei ich versuche, die Balance zwischen den beiden Unterrichtsbausteinen

zu finden. Beide Bausteine würden nicht funktionieren, wenn sich die Kinder nicht bestens – mit all ihren Stärken und Schwächen – kennen würden und sich nicht gegenseitig helfen und unterstützen würden.

Beim gemeinsamen Unterricht arbeiten wir als ganze Klasse jeweils an einem Thema. Dabei achte ich darauf, dass offene Aufgaben das Mitdenken und Mitarbeiten aller Schüler:innen ermöglichen. Diese Lektionen stärken den Zusammenhalt in der Klasse. Genauso wichtig ist mir, dass ich jedes Kind seinen Fähigkeiten entsprechend fordere und fördere, deshalb arbeiten die Schülerinnen und Schüler in den anderen Lektionen an ihren individuellen Zielen. Dabei berate, begleite und unterstütze ich sie. Auf diesen individuellen Lernwegen dürfen die Schüler:innen in ihrem Tempo weitergehen, Umwege machen oder Pausen einlegen. Die Abschaffung der Selektion würde es ermöglichen, dass diese Wege nach der 6. Klasse ganz einfach auf der Sekundarstufe genauso individuell weitergeführt werden könnten.



Die Gliederung im Kanton Bern in Real- und Sekundarschule ist pädagogisch widersinnig, sozial ungerecht und hindert viele Kinder daran, ihr Potenzial zu entfalten. Das können wir uns in Zeiten akuten Fachkräftemangels nicht (mehr) leisten, denn jedes Talent zählt.

**Thomas Meyer, Bildungsexperte**

### **Brauchbare Beurteilungen statt Noten**

Seit mehreren Jahren beurteile ich Hunderte von fachlichen und überfachlichen Kompetenzen anhand der vier Prädikate sehr gut, gut, genügend und ungenügend. Ich gebe also unter dem Jahr keine Noten. Bei den halbjährlich ausgestellten Zeugnissen muss ich leider nach wie vor Noten in Form von Zahlen schreiben. Dadurch, dass die Schüler:innen aber regelmässig, eigentlich stetig, sehr detaillierte Rückmeldungen erhalten, wissen meine Schüler:innen und deren Eltern, was in welchem Fach gelungen und erreicht worden ist und an welchen Zielen und Kompetenzen noch gearbeitet werden muss. Sie wissen, was hinter den Zahlen im Zeugnis steht. Aber diese Zahlen haben schon beim Verlassen dieser kleinen Welt «Schulzimmer – Elternhaus» keine vergleichbaren Werte mehr. Trotzdem entscheiden diese Zahlen im Zeugnis in der Mitte der 6. Klasse, in welche Abteilung und in welches Niveau der Sekundarstufe die Schüler:innen eingeteilt werden.

### **Stetiger Lerndialog**

Regelmässig erhalten die Schüler:innen zu den Zielen Feedback: schriftlich oder mündlich, von mir und von Fachlehrer:innen, von Mitschüler:innen und Eltern. Alle diese Rückmeldungen beziehen sich immer nur auf eine einzelne, klar formulierte Kompetenz. So lernen die Schüler:innen zu erkennen, ob sie gut unterwegs sind, ob sie einen anderen Weg einschlagen oder einen Weg ein zweites Mal gehen müssen. Zusätzlich schätzen sie sich anhand ihrer Lernziele regelmässig auch selbst ein. Sie entscheiden, ob sie weiter an den gleichen Kompetenzen arbeiten, falls sie diese noch nicht erreicht haben. Oder sie setzen sich neue Ziele, wenn sie erfolgreich gearbeitet haben. Dabei bin ich im stetigen Dialog mit jedem einzelnen Kind. Was läuft gerade gut? Was kannst du schon? Was möchtest du dir noch aneignen? Worin willst du dich verbessern? Welche Stärken möchtest du ausbauen? Und genau die Frage nach den

Stärken, Interessen und Begabungen ist mir in Bezug auf die Selektion die wichtigste. Denn unsere Schüler:innen haben so viel mehr Talente, die wir dringendst beachten und vor allem wertschätzen sollten.

### **Gespräche als Fördermittel**

Seit einigen Jahren führe ich – beziehungsweise führen die Kinder – die Elterngespräche mit Hilfe der Gesprächskommode.<sup>1</sup> Ich kann die Kommode allen Lehrer:innen nur ans Herz legen, denn seit ich sie nutze, verlaufen unsere Elterngespräche meist sehr entspannt – für die Kinder und für mich. Sie unterstützt zu 100 Prozent meine Haltung und bietet eine ausgewogene Wahl zwischen fachlichen und überfachlichen Themen. Sie hilft den Schüler:innen, über ihr eigenes Lernen nachzudenken und davon zu erzählen. Dabei wählen in erster Linie die Kinder die Themen aus, die am Gespräch besprochen werden sollten. Eventuell ergänze ich diese Auswahl mit einer zusätzlichen Schublade. Die Eltern dürfen jederzeit nachfragen und weitere Themen einbringen. Diese Gespräche verlaufen in der 3. und 4. Klasse meist ganz unaufgeregt. Schüler:innen, Eltern und Lehrer:innen freuen sich gemeinsam über Erfolge. Dabei ist es unwichtig, in welchem Fach die Stärken des Kindes liegen, ob sie zwar langsam, aber stetig und erfolgreich auf ihrem Weg vorwärtsgehen oder ob die emotionale Intelligenz stark ausgeprägt ist.

### **Zermürender Leistungsdruck**

Für Kinder, die ihre Stärken (auch) in den Hauptfächern Mathe und Deutsch haben, geht das in der 5. und 6. Klasse genauso weiter. Für die anderen beginnt der pure Stress. Eltern freuen sich nicht mehr über einen überzeugenden Auftritt auf der Bühne, bewundern ihr Kind nicht mehr für den Mut, sich für andere einzusetzen oder tragen ein vom Kind selbstdesigntes T-Shirt nicht mehr mit Stolz. Plötzlich zählen bei diesen Kindern nur noch die Leistungen in Mathe und Deutsch. Damit diese besser werden, wird auch mal das Fussballtraining oder die Musikstunde gestrichen, es werden Nachhil-

festunden organisiert und die Schüler:innen müssen in ihrer Freizeit nur noch lernen. Sie rennen Zielen hinterher, die sie nicht oder noch nicht erreichen können. Sie erhalten ungenügende Beurteilungen, Erfolgserlebnisse bleiben aus. Das zermüht!

Zum Teil entsteht dieser Druck durch die Eltern und die Gesellschaft, ganz oft machen ihn die Schüler:innen aber auch selbst, weil sie genau wissen, was von ihnen erwartet wird, ohne dass es ausgesprochen wurde. Egal, auf welchem Lernweg diese Kinder unterwegs waren, in der Mitte der 6. Klasse stehen sie auf der Kreuzung «Selektion». Egal, wie sehr ich versucht habe, diese Kinder zu selbstsicheren Schüler:innen zu machen. Egal, welche Talente und Begabungen das Kind mitbringt: wenn diese nicht Mathe oder Deutsch betreffen, wird es in die Abteilung B oder C wegselektioniert. Diesen Schüler:innen nehmen wir die Hoffnung, wir nehmen ihnen die Lust am Lernen und die Freude an der Schule. Wir produzieren Verlierer:innen.

### **Zerstörung der Wissbegierde**

Kinder sind von Natur aus lernfreudig! Sie sind neugierig, stellen Fragen und wollen immer noch mehr wissen. Aber wir schaffen es mit unserem Schulsystem, diese Wissbegierde zu stoppen und zeigen ihnen nur, dass ihre Leistungen für unsere Gesellschaft nicht reichen. Dass daraus frustrierte, traurige, unmotivierete Jugendliche hervorgehen, ist absolut logisch.

Dabei wäre unsere Aufgabe so einfach: die Wissbegierde der Kinder am Leben erhalten, ihnen verschiedene Wege und Möglichkeiten aufzeigen, wie und wo sie motiviert Neues entdecken und begreifen können und so der intrinsischen Motivation ihren Platz lassen. Warum machen wir diese mit der Selektion kaputt? ■

**Katrin Meier** ist Primarlehrerin und seit Jahrzehnten im VPOD engagiert. Sie ist Vorstandsmitglied des VSoS und Präsidentin des Initiativkomitees Zürich.

<sup>1</sup> [www.gespraechskommode.ch](http://www.gespraechskommode.ch)

# Selektion

## ist ungerecht, ineffizient und unnötig!

Deshalb soll die Selektion in der Sekundarstufe abgeschafft werden – ein Gewinn für Schüler:innen, Lehrer:innen, Erziehungsberechtigte, Wirtschaft und Gesellschaft.

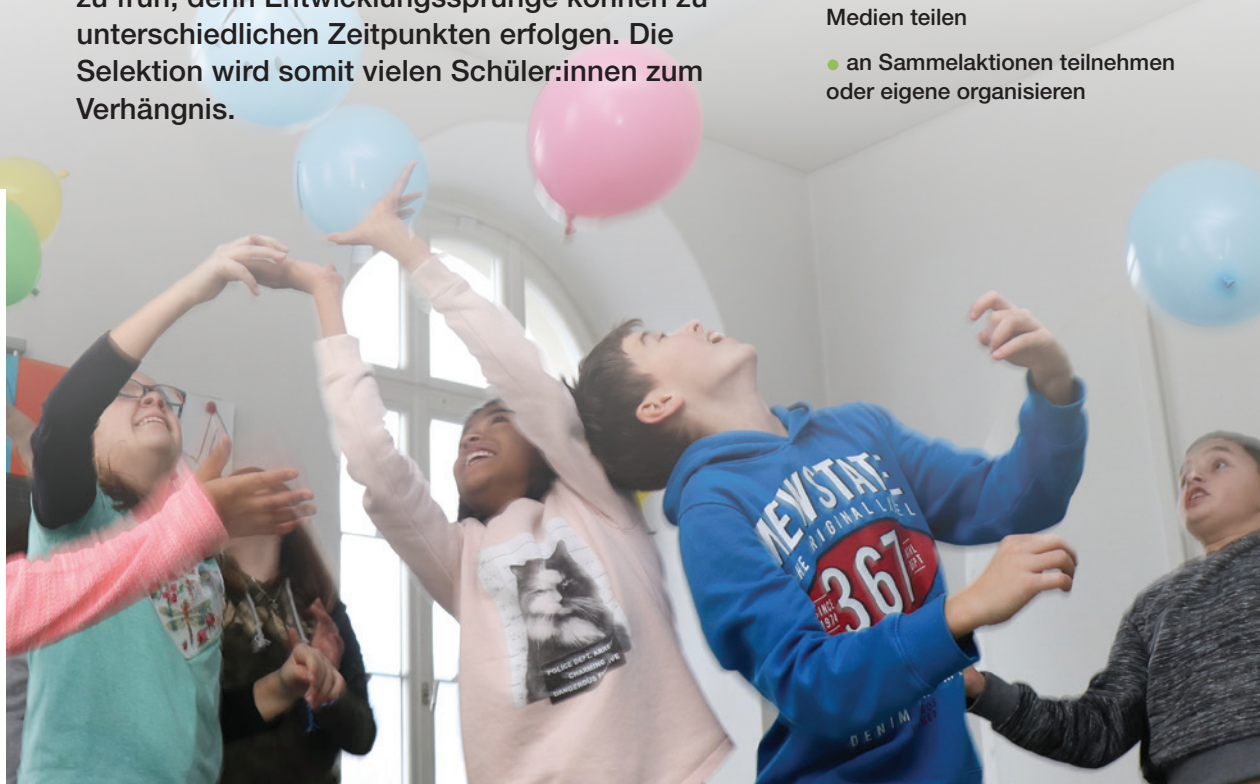


Am Freitag, 7. Februar 2025 lancierte der VSoS (Verein Volksschule ohne Selektion) in den Kantonen Zürich und Bern die Volksinitiative «für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I». Damit soll die Volksschule in diesen beiden Kantonen endlich selektionsfrei werden.

Die Selektion erschwert talentierten Jugendlichen aus weniger privilegierten Familien den Zugang zu höherer Bildung und verwehrt ihnen so eine ihrem Potenzial entsprechende Ausbildung. Zudem kommt sie für viele Kinder und Jugendliche zu früh, denn Entwicklungssprünge können zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgen. Die Selektion wird somit vielen Schüler:innen zum Verhängnis.

Natürlich freuen wir uns auf **Unterstützung** für unsere Volksinitiative für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I:

- Beigelegte Unterschriftenkarte (Bern und Zürich) unterschreiben und zurückschicken
- Weitere Unterschriftenbogen oder -karten anfordern:  
**Bern:** selektionsfrei@vsos.ch  
**Zürich:** katrin.meier@vsos.ch
- Initiative in deinem persönlichen Netzwerk und auf den sozialen Medien teilen
- an Sammelaktionen teilnehmen oder eigene organisieren



AZB  
P.P. / Journal  
CH-8036 Zürich  
Post CH AG

Retouren an: vpod, Postfach 8279, 8036 Zürich



Der selektionsfreie Übertritt steht für Bildungsgerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg. Die Kinder sind weniger gestresst, dafür motivierter. In gemischten Gruppen leisten sie mehr und können ihre Sozialkompetenz stärken. Das bringt der Wirtschaft mehr und vor allem die richtigen Talente.

**Patricia Bernet, Primarschulpräsidentin Uster, SP-Kantonsrätin**

